

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verträge
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 10. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Kartellfrage.

III. Die Wirkung der Kartelle auf die Arbeitsverhältnisse und die Kartellgesetzgebung.

Die Frage, wie die Kartellpolitik auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse wirkt, hat bisher nicht die Beachtung gefunden, die ihrer Bedeutung entspricht. Erst seitdem der Herdbruch der Krise so manche Schäden dieser Politik enthüllt und die in Kartellen und Syndikaten organisierte Unternehmerschaft sich als die stärkste Befürworterin des Hochkonjunktur und zugleich als rückwärtsloseste Bekämpferin der sogenannten Socialreform gezeigt hat, beginnt das Kartellproblem die Arbeiterorganisationen ernsthaft zu beschäftigen. Grunzel hat sogar nicht ganz Unrecht, wenn er meint, bisher sei die Wirkung der Kartellbildung auf die Lage der Arbeiter von der organisierten Arbeiterschaft günstiger beurteilt worden, als von den Theoretikern und besonders den Kathedersocialisten. Allerdings die deutsche Arbeiterschaft hat von vornherein nicht viel von den Kartellen wissen wollen; sah sie doch alsbald an die Spitze der Kartellbestrebungen jene Personen und industriellen Verbände treten, die ihre Ansprüche auf eine bessere Lebenshaltung am erbittertesten bekämpften. Wohl aber haben die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten vielfach eine freundliche Haltung zu den Trusts und Kartellen eingenommen oder wenigstens die Anti-Trustbewegung als eine spezielle Angelegenheit der in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Mittelschichten aufgefaßt, die den Arbeitern nichts angehe.

Die Argumentation, die von dieser Seite — und auch von Grunzel — zu Gunsten der Kartelle und Trusts ausgespielt wird, läuft meist darauf hinaus: die Kartellierung bringe eine größere Stabilität und Sicherheit in die Beschäftigung der Arbeiter, und damit könnten diese nur einverstanden sein. Das Argument unterstellt wieder, was immer noch erst bewiesen werden soll: daß tatsächlich die Kartellierung die Auf- und Abwärtsbewegungen der kapitalistischen Produktion aufhebt oder doch zum mindesten einen schnellen Wechsel zwischen Hochkonjunktur und wirtschaftlicher Depression verhindert. Diese Unterstellung ist aber, wie die bisherige Erfahrung lehrt, nichts als eine bloße Annahme. In Wirklichkeit besteht der ganze vielversprochene Vorteil für die Arbeiter darin, daß während sonst der wirtschaftliche Druck gewöhnlich das eine Unternehmen stärker, das andre schwächer trifft, und demnach das eine sich zu größeren, das andre sich vielleicht zu gar keinen Arbeiterentlassungen genötigt sieht, durch die Kartellierung der Druck auf alle Werke ziemlich gleichmäßig verteilt wird, das heißt alle in gleichem Prozentverhältnis zur Produktionsbeschränkung und zu Arbeiterentlassung angehalten werden.

Dagegen ist es eine statistisch nachgewiesene Tatsache, daß während die Unternehmerprofite durch die Kartellierung steigen, die Arbeiterlöhne dadurch nicht erhöht werden, und daß, soweit in kartellierten Industriezweigen bisher Lohnsteigerungen erfolgt sind, diese lediglich auf das Konto der Hochkonjunktur kommen, welche in manchen Branchen eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften hervorrief und die Unternehmer wider Willen zu höheren Lohnangeboten zwang. Selbst Grunzel sieht sich denn auch genötigt, zuzugeben, daß der sogenannte Kartellnutzen, d. h. die durch die Kartellierung erzielte Profiterhöhung, durchweg von den Unternehmern allein eingestrichelt wird. Nachdem er kurz vorher noch mit den angeblichen Mittelschichten auf die Arbeiter die Unwirtschaftlichkeit der Kartellproduktion verteidigt hat, erklärt er S. 189 föhlich:

„Ich werde mich nicht der gleichen Kavalität schuldig machen und die Kartelle für Humanitätsankalten ansehen, aber fragen darf ich wohl doch: Wo bleibt da das ewige Wallen des Gesetzes von Eingetand und Nachfrage? Die Nationalökonomie ist nicht eine Lehre des guten Herzens, sie hat nicht zu untersuchen, ob die Mitglieder der Gesellschaft oder der Industriellen-Kartelle bessere Menschen sind, sondern sie hat sich in diesem Fall auf die Untersuchung zu beschränken, ob und in welcher Weise das Verhältnis zwischen der Arbeitsnachfrage und dem Arbeitsangebot durch die Kartelle verschoben wird.“

Und in diesem Punkt, so erklärt Grunzel weiter, möchte er behaupten, daß Lohnforderungen bei kartellierten Unternehmungen leichter durchzusetzen sein werden, als bei nicht kartellierten. Die Kontinuität der Beschäftigung ergibt eine ständige Arbeiterschaft und verhindert die Bildung einer industriellen Reservearmee, ersichert aber damit dem Unternehmer die Beschäftigung von Erloyarbeitern im Falle eines Konflikts, so daß er nicht ungebührlichen Forderungen nachgeben wird.“

Es ist wieder die Fiktion, die Kartelle verbürgen einen gleichmäßigen Gang der Produktion, die herhalten muß. In Beweisen für seine Behauptung hat Grunzel denn auch nur einen einzigen gefunden, und dieser ist von der zweifelhaftesten Güte. Er besteht darin, daß im Oberbergamt-Bezirk Dortmund, dessen Becken meist dem rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat angeschlossen sind, die Gesamtsumme der Arbeiterlöhne (mit Einschluß der Beamtengehälter etc.) im Verhältnis zum Wert der Gesamtproduktion stärker gestiegen ist, als in Schlesien und dem Saargebiet. Der Beweis ist — gerade herovorgelagt — abern. Erstens hängt die Gesamtsumme nicht allein von der angewandten Arbeit ab, es kommt daneben die Tiefe der Gruben, ihre Anlage usw. in Betracht; und drittens handelt es sich gar nicht darum, was an Gesamtlohn mit Einschluß der Beamtengehälter, Feierschichten usw. bezahlt worden ist, sondern was im Durchschnitt der einzelne Arbeiter in den verschiedenen Kategorien bei gleicher Arbeit mehr verdient hat, und wie sich diese Lohnsteigerung zur Profiterhöhung der Unternehmer verhält. Zudem wird aber bei einem Vergleich berücksichtigt werden, daß der wirtschaftliche Aufschwung von

1894/1900 mehr als irgendwo sonst im Ruhrrevier die Kohlenproduktion gefördert hat, und daß infolgedessen gerade dort eine besonders starke Nachfrage nach Arbeitskräften hervortrat, die beinahe ausschließlich zu rascher Heranziehung polnischer Arbeiter führte, so daß Ende 1899 nach amtlicher Ermittlung bereits 69 370 polnische Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigt waren gegen 17 919 im Jahre 1893.

Beweist aber die Gestaltung der Bergarbeiter-Verhältnisse im Ruhrrevier für Grunzels Behauptung absolut gar nichts, so unso mehr gegen sie. Grunzel spricht von der Kontinuität der Beschäftigung und Verhinderung der Bildung einer industriellen Reserve-Armee durch die Kartelle. Gerade in der kartellierten Kohlenindustrie des Dortmunder Oberbergamtsbezirks aber hat die Krise zu größeren Arbeiterentlassungen, zur Einlegung zahlreicher Feierschichten und zu Abziehungen der früher aus dem Osten herangezogenen Arbeiter geführt, gerade dort fehlt es am meisten an der behaupteten „Kontinuität“ und gerade dort ist auch die größte Reserve-Armee herangezogen worden.

Rechnet man aber die Kartellierung an der Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Arbeiterverhältnisse nicht das geringste, so einigt sie auf der andern Seite die Unternehmerschaft zum organisierten Widerstand gegen die Arbeiterforderungen. Schon heute finden wir eine ganze Reihe Kartelle und Syndikate, die ihren Mitgliedern das Weglocken von Arbeitskräften aus Verleihen, die dem Kartell angeschlossen sind, unterlagen; und neben diesen Bestimmungen bestehen Abmachungen über die gemeinsame Abwehr „unberechtigter“ Streiks, zu denen bekanntlich nach Unternehmerlogik alle auf eine Lohnerhöhung gerichteten Ausstände gehören, über Nichtbeschäftigung freitretender Arbeiter usw. Selbst dabei sind einige Kartelle und Unternehmer-Verbände nicht stehen geblieben; so heißt es z. B. in einem Beschluß der deutschen Metallindustriellen vom 15. September 1900: „Wenn behufs Erzwingung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeitnehmer eines Werkes verabschiedet werden gleichzeitig oder in kurz bemessener Frist nacheinander das Arbeitsverhältnis kündigen, so sind dieselben Anstößigen gleich zu erachten.“ Also selbst rechtmäßige Kündigungen gelten, wenn durch sie ein Nachgeben des Unternehmers in Lohnfragen erreicht werden soll, als Streik und haben die Verschmähung der betreffenden Arbeiter zur Folge.

Vom einseitigen Unternehmerstandpunkt ist das ganz selbstverständlich. Erscheint auch die Erhöhung der Verkaufspreise dem Kartell als das zunächst Wichtigste, so liegt ihm doch der Gedanke anherbeordentlich nahe, die durch die Kartellierung geschaffene Interessenskoalition zugleich zur Niederhaltung der Produktionskosten und vornehmlich der Löhne zu benutzen. Wenn bisher über diese Bestrebungen nur in einzelnen Fällen zuverlässige Mitteilungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, erklärt sich das aus der Behauptung der Beschlässe und aus der geringen Konsolidation der meisteils erst in den letzten Jahren entstandenen Kartelle, die vorläufig ihrer Tätigkeit andre Aufgaben stellt.

Zu diesem Widerstreit gegen die Arbeiterbestrebungen gesellt sich noch eine andre Folge der Kartellpolitik, die, obgleich sie meist übersehen und auch von Grunzel nicht erwähnt wird, nichtdestoweniger äußerst schädlich auf die Arbeiterverhältnisse zurückwirkt. Wie schon im vorigen Artikel dargelegt wurde, führt die Preisunterbietung der Koh- und Halbstoff-Verbände auf den Auslandsmärkten — und gerade in der Koh- und Halbstoffproduktion finden wir uns erklärlichen Gründen die wichtigsten Kartelle — zur Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit und des Exports der einheimischen Fertigindustrien. Nur gebraucht aber die Rohstofffabrikation durchweg weit weniger Arbeitskräfte als die Halbstofffabrikation, und diese wieder weniger als die Fabrikation fertiger Waren. Von dem Preise von 60 Mk. pro Tonne Roheisen entfällt z. B. auf Lohn und Gehalt der in den Hochofenwerken Beschäftigten nur etwa der zwanzigste Teil, also 3 Proz.; dagegen kommt von den Preisen feinerer Maschinenfabrikate nicht selten die Hälfte auf Arbeitslohn. Die Preispolitik der Koh- und Halbstoff-Kartelle läuft also in ihren Folgen darauf hinaus, die Konkurrenzfähigkeit jener Industriezweige, die viele Arbeitskräfte gebrauchen, zu Gunsten solcher Branchen zu schwächen, die nur relativ wenige Arbeiter beschäftigen. Daß eine derartige Verschiebung aber nicht dem Interesse der Arbeiterschaft entspricht, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Rechnet man hierzu den Einfluß, den die Kartelle durch ihre Zusammenfassung der Unternehmerinteressen alsbald auf die Regierung und die staatlichen Verhältnisse gewinnen, ihre enge Verbindung mit der Hochfinanz und ihren Widerstand gegen Arbeiterschutz-Gesetze, so ist klar, daß eine intelligente Arbeiterschaft, die weiß, was sie will, in den Kartellen nur einen Feind ihrer wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen zu erblicken vermag.

Die schädlichen Wirkungen der Kartelle und Trusts auf weite Gebiete des Wirtschaftslebens haben mehrfach Vorschläge zu einer gesetzlichen Regelung der Kartellwirtschaft veranlaßt und in einigen Fällen sogar bereits zum Erlaß sogen. Antikartell- und Antimonopol-Gesetze geführt, die jedoch, da sie von den bürgerlichen Mittelschichten ausgingen, den Stempel der Wirtschaftsauffassung dieser Erwerbsklassen tragen und auf die Entwicklung der Kartelle ohne tiefere Einflüsse geblieben sind. Bekannt sind die amerikanische Sherman-Akte von 1890, die von verschiedenen Einzelstaaten der Union eingeführten Gesetze gegen die Monopole und Eisenbahnsukzessionen, sowie der von der österreichischen Regierung eingebrachte und vom Abgeordnetenhaus abgeänderte, aber bisher nicht angenommene Gesetzentwurf zur Regelung des Kartellwesens. Auch der deutsche Juristentag hat auf die Tagesordnung seiner vom 10. bis 12. September in Berlin stattfindenden Verhandlungen

die Frage der Kartellgesetzgebung gesetzt und dazu zwei Gutachten eingefordert: von dem Greifswalder Nationalökonom Baentig und dem Wiener Privatdocenten Landsberger. Von einem Eingreifen der Gesetzgebung in das Kartellwesen versprechen sich beide angefaßt der amerikanischen Mißerfolge und der außerordentlich schwierigen Behandlung der Materie nur äußerst geringe Resultate. Während aber Landsbergers Vorschläge lediglich auf die Anlegung eines amtlichen Kartellregisters und die Veröffentlichung der Kartellstatuten und -Beschlüsse hinauslaufen, empfiehlt Baentig zugleich eine rechtliche Stärkung der Arbeiterorganisationen, Konsumvereine, Genossenschaften etc.

Die Forderung der Veröffentlichung der Kartellstatuten und -Beschlüsse ist auch von socialdemokratischer Seite bereits mehrfach erhoben worden, aber sie genügt nicht. Weiter möchte den Kartellen, soweit sie zentrale Verläufe und Abrechnungsstellen unterhalten, die Verpflichtung zur öffentlichen, genauen Rechnungsablegung auferlegt werden. Und ferner ist als Gegengewicht gegen die Lebensmacht der Unternehmerverbände die Erweiterung und absolute Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter und weiter für den Fall einer Monopolisierung wichtiger Industriezweige, z. B. des Kohlenbergbaues, die Verstaatlichung der betreffenden Betriebe zu fordern.

Die Hauptabwehr der Kartellpolitik liegt aber — wenigstens zunächst — nicht auf juristischem, sondern auf sozialpolitischem Gebiet. Einerseits gilt es hier durch Aufhebung und Herabsetzung der Zölle für die von kartellierten Industriezweigen erzeugten Waren, besonders für Koh- und Halbstoffe, den Kartellen für ihre Preis-treibereien den Boden zu entziehen, und andererseits müssen besondere Bestimmungen geschaffen werden, die für den Fall einer Kubberung des Inlandsmarktes zu Gunsten der Warenverschleuderung auf den Auslandsmärkten, die sofortige Aufhebung der dieses Treiben fördernden Zölle und eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für die Einfuhr der betreffenden Waren zur Folge haben.

In Anbetracht der enormen Bedeutung, die das Kartellproblem für das gesamte Wirtschaftsleben, und nicht zum wenigsten für die Lage der Industrie-Arbeiter, erlangt hat, wird die Partei kaum umhin können, die Kartellfrage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen.

Politische Aeberricht.

Berlin, den 9. September.

Von der konservativen Umsturzpartei.

Die Gerechtigkeit gebietet mitzuteilen, daß nicht alle Konservativen bereit sind, im Falle der Nichterfüllung der agrarischen Aeberrichte die Krone zu stürzen und das Land in Blut und Brand gränlich zu verwüsten, wie es das Organ der konservativen Partei „Sachsen und die sächsische „Deutsche Tageszeitung“ ankündigt. Die „Kreuz-Zeitung“ will diesen Ankündigungen „mit aller Entschiedenheit widersprechen“. Sie giebt eine Schilderung von dem Wesen und den Absichten der konservativen Anhängerschaft auf dem Lande, die im vollen Gegensatz steht zu der Schilderung jener andern mit ihr sonst in konservativer Kampfesbrüderschaft vereinten Blätter. Der preussische Vamernstand, so erklärte Hofen Tones die „Kreuz-Zeitung“, denke nicht an revolutionäres Vorgehen, er sei und bleibe unter allen Umständen gut königstreu und werde vielmehr „die Revolution im Innern niederwerfen helfen“. Ja, die „Kreuz-Zeitung“ bemüht sich die Erklärungen des sächsischen Blattes völlig von der konservativen Partei abzulösen, indem sie den konservativen Landesvereinen für Sachsen den Rat giebt, sich mit den Kritikern seines offiziellen Organes nicht einverstanden zu erklären.

Wenn nun auch der konservative Landesverein in Sachsen es als ein Gebot der Anhänglichkeit halten sollte, sein offizielles Blatt abzuschüttele, so kann das nichts ändern an der Tatsache, daß die Redaktion eines der maßgebenden konservativen Blätter die wahren Absichten der konservativen Anhängerschaft verraten hat. Die Zustimmung der „Deutschen Tageszeitung“ zu den Schilderungen des „Waterland“ beweist zudem vollends deren Richtigkeit.

Es eröffnen sich daher nur zwei Möglichkeiten für die Beurteilung der konservativen Partei. Entweder versucht die „Kreuz-Zeitung“ die Umsturzpläne ihrer Anhänger zu verfallern, indem sie annimmt, daß die Fürsten und die Regierungen auch ohne den Anstand der Ontobesitzer schließlich alle agrarischen Forderungen erfüllen werden. Oder aber es bestehen zwei Richtungen in der heutigen konservativen Partei: eine, die auch in trüben Zeiten königstreu bis ins Mark sein und gegen die innere Revolution marschieren will; eine andre, die den Umsturz der Krone und das Chaos will. Liegen die Dinge so, wie zuletzt angenommen, dann ist es unnötig, daß beide Richtungen noch länger in einer Partei vereinigt bleiben können. Wie wollen denn die Stützen der Krone mit den erklärten Umstürzern der Krone eines Weges gehen? Wähten jene doch gerade ihre bisherigen Parteigenossen, wenn diese Revolution machen und die Krone trachtend wuzustürzen beginnen, niederwerfen helfen. Wäre es also wahr, daß der Teil der Konservativen, für welche die „Kreuz-Zeitung“ spricht, königstreu bleiben und gegen die konservativen Umstürzler ziehen will, so ist es unausweichlich, daß die „Kreuz-Zeitung“-Konservativen ohne Vergo eine ganze und klare Scheidung zwischen sich und jenen andern bewerkstelligen müssen, die schließlich die alten konservativen Satzungen verfallen haben und sich offen zum gewaltsamen Umsturz der Krone bekennen!

Unmöglich können die Ritter der „Kreuz-Zeitung“, die „mit Gott für König und Vaterland“ leben und sterben wollen, noch eine Minute länger mit jener agrarischen Nordbrennerbande Gemeinschaft halten, die alles göttliche Gebot der Eufassung und Gehuld verachten, die die Könige ermorden und das Vaterland in ein blutiges Chaos verwandeln wollen!

*) Siehe Nr. 205 und 209 des „Vorwärts“.

Sollte jedoch die „Kreuz-Zeitung“ — wider alles Erwarten — diese absolute Scheldung nicht unerbötlich und gründlich besorgen, dann würde deutlich, daß die erstere oben gestellte Annahme zutrifft, daß es der „Kreuz-Zeitung“ nicht nur nicht Ernst ist mit der Ankündigung des Kampfes gegen die Revolution, sondern daß sie und ihre Anhängererschaft gleichfalls in der Tiefe der Herzen den agrar-revolutionären Anschlüssen des „Vaterland“ und der „Deutschen Tageszeitung“ huldbig!

Verletzung der Industrie zu Gunsten der Landwirtschaft.
Das mit dem 1. Januar 1900 in Kraft getretene neue Invaliditätsversicherungsgesetz hat bekanntlich, infolge des Drängens der Agrarier, einen Ausgleich in der Vermögenslage der Versicherungsnehmer herbeiführen sollen. Schon im ersten Jahre der Geltung des neuen Gesetzes waren eine ganze Anzahl von Versicherungsanstalten in agrarischen Gebieten infolge dieser Verneuerung stark entlastet worden. Der Vorgang hat sich wie sich aus den vom Reichs-Versicherungsamte für das Vorjahr festgestellten Zahlen ergibt, in 1901 wiederholt. Beispielsweise wurden im Jahre 1901 entlastet die Versicherungsanstalt O. Spreußen um 48 Proz., gegen 49 Proz. im Jahre 1900, Niederbayern um 41 Proz., gegen 44 Proz., Westpreußen um 38 Proz., gegen 37 Proz., Posen um 35 Proz., gegen 35 Proz., Oberpfalz um 30 Proz., gegen 30 Proz., Unterfranken um 28 Proz., gegen 27 Proz., Oberfranken um 23 Proz., gegen 26 Proz., Schleien um 27 Proz., gegen 27 Proz., Schleswig-Holstein um 26 Proz., gegen 27 Proz., Mecklenburg um 24 Proz., gegen 25 Proz., und Pommern um 23 Proz., gegen 24 Proz. Man sieht aus dieser Aufzählung, daß es sich bei den Entlastungen in erster Linie um Versicherungsanstalten handelt, in deren Bezirk die Landwirtschaft überwiegt. Kleinere Entlastungen sind in 1901 noch eingetreten bei Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Hannover, Oberbayern, Schwaben-Rendurg und Württemberg. Alle übrigen Versicherungsanstalten sowie sämtliche zugelassene Kasseneinrichtungen bis auf eine sind durch das neue Gesetz mehr belastet worden. So wurden mehr belastet die Versicherungsanstalt Berlin mit 90 Proz., gegen 121 Proz. im Jahre 1900, die Hansstädte mit 98 Proz., gegen 80 Proz., Königreich Sachsen mit 86 Proz., gegen 81 Proz. Die hauptsächlichste Mehrbelastung hat die Arbeiter-Pensionskasse für die badischen Staatsbahnen und Salinen aufzuweisen, bei der sie im Jahre 1901 nicht weniger als 167 Proz. gegenüber 157 Proz. im Jahre 1900 betrug. Bei den Anstalten Westfalen, Hessen-Rhassau und Mittelfranken belief sich die Mehrbelastung im Jahre 1901 auf je 26 Proz., beim Großherzogtum Hessen auf 23 Proz., Pfalz 21 Proz., Baden 16 Proz., Rheinprovinz und Braunschweig je 15 Proz., Thüringen 14 Proz., und Oldenburg 8 Proz. Man sieht aus dieser Aufzählung, daß es sich bei der Mehrbelastung in der Hauptsache um Anstalten handelt, in deren Bezirk die Industrie überwiegt. Das neue Invaliditätsversicherungsgesetz hat demnach in dieser Beziehung der Landwirtschaft zahlenmäßig nachweisbare Vorteile, der Industrie Mehrbelastungen gebracht.

Wenn zwei daselbe thun . . .

Schon unlängst, als der „Seeräub“ des Rebellen Generals Firmin die Gemüter unserer Patrioten in Aufregung versetzt hatte, zogen wir bei Erörterung des Falles Kugel eine Parallele zwischen Deutschlands überschneidigem Auftreten gegenüber der ohnmächtigen Regierrepublik Haiti und Deutschlands raumenswerter Unempfindlichkeit gegenüber russischen Unverschämtheiten. Der neue Konflikt mit Haiti und die dem haitianischen Uebergriffe unmittelbar auf dem Fuße folgende deutsche Seeheldenthat veranlaßt uns, von neuem diese Parallele zu ziehen. Und zwar nicht nur des Falles Kugel wegen. Liegt doch ein neuerlicher und für den Militärstaat Deutschland schwererer Fall russischer Impertinenz vor, der eine ausreichende Sühne noch nicht gefunden hat und über den sich merklichdigerweise unsere im Punkte der nationalen Ehre sonst so überempfindlichen patriotischen Männer nach Kräften aussprechen. Wir meinen die ganz unmotivierte Einsperrung der zwei deutschen Marine-Unteroffiziere in Nikolajew.

Wie man sich erinnert, waren die beiden Unteroffiziere von dem stellvertretenden Kommandanten von Nikolajew eine Nacht lang eingesperrt worden, weil sie das Verbrechen begangen hätten, sich in einem Conlebard-Restaurant niederzulassen, das für gemeine russische Soldaten gesperrt ist. Der Gouverneur von Nikolajew hatte sich später wegen dieses eigenartigen Falles zarischer Gastfreundschaft zwar offiziell entschuldigt, allein eine Abbitte des schneidigen Kommandanten war trotz einer derartigen Forderung des Kommandanten der „Lorelen“ nicht erfolgt. Jetzt erzählt die Frankfurter „Al. Presse“, daß der betreffende Kommandant sich auch sonst sehr verkehrt benommen habe. Der Kommandant, Namens Jesimor, habe z. B. das Ersuchen des deutschen Kriegsschiffs-Kommandanten, seine Leute sofort aus der Haft zu befreien, mit den Worten auf die Erde geworfen: „Deutsch verstehe ich nicht.“ Die Unteroffiziere mühten dem auch bis zum andern Morgen sich. Der Bericht des Frankfurter Blattes, der eine „genaue Darstellung“ des Falles zu geben beabsichtigt, fährt dann fort:

„Der deutsche Vicekonsul that sofort energische Schritte, und der Gouverneur entschuldigte sich offiziell. Es wurde indessen deutscherseits verlangt, daß sich auch Jesimor entschuldigen solle. Das ist bis vor kurzem noch nicht geschehen, die Angelegenheit ist also noch nicht erledigt. Bei der angeblichen entonts cordials zwischen den beiden Kaisern ist der Vorfall ja sehr bedauerlich. Daß übrigens die Sache auf deutscher Seite des sehr verschärft hat, geht daraus hervor, daß der deutsche Kommandant ein Fest seiner Leute in Nikolajew abgesetzt hat und nicht nach Odessa gekommen ist, wie es alljährlich der Fall zu sein pflegt, und wie es auch schon beabsichtigt war.“

Wir gestatten uns die bescheidene Frage, wie man wohl in dem Falle, daß sich ein haitianischer Kommandant eines derartigen Kränklichkeit deutscher Mannschaften und Offiziere hätte zu schulden kommen lassen, verfahren wäre?! Ganz bestimmt hätte man solche Kriegsschiffe nach Port-au-Prince beordert und ein ebenso derwehmütiges Aufschuldigens schreiben erpreßt, wie man das seinerzeit in Haiti ja gemacht hat. Von Rußland aber fiedt man gleichmütig eine solche Kränkung ein. Wir wüßten wenigstens nicht, daß man irgend etwas in der Nikolajew-Affaire unternommen habe. Denn die auffallende Auszeichnung der 32 russischen Offiziere in Posen durch Wilhelm II. kann ja wohl nicht als Mittel politischer Pression betrachtet werden. Unsere „nationale Ehre“ ist also ein eigenartiges Ding. Sie ist unerbötlich empfindlich, wenn uns das kleine Haiti auf die Gähneraugen tritt, aber schier unverwundbar, wenn uns der russische Bär einen derben Rajenstüber versetzt.

Christliche Bauern im Kampfe gegen den Mittelstand.

München, 7. September. (Fig. Ver.) Die wicklichen oder angeblichen Reueherungen der Genossen Peus und v. Elm auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach werden den sogenannten mittelstandsfremdlichen Organen natürlich reichlichen Stoff zu moralischen Betrachtungen über die verweichlichten Tendenzen der sozialdemokratischen Konsumvereine geben. Zweifelloß wird sich dazu auch die gute Centralpresse beteiligen und das Hauptorgan der böhrrischen Ultramontanen schreibt denn auch schon in seiner letzten Nummer, man müsse es sich „genau merken“ und es sei von „großem Interesse“, daß Peus und Elm zugeben, daß die

Konsumvereine zur Vernichtung der Kleinkrämer-Existenzen beitragen müßten.

Man könnte die christlichen Blätter demgegenüber an die Beschlüsse des letzten christlichen Gewerkschaftskongresses erinnern, wo ja auch die Reueherung fiel, um die Existenz der Kleinkrämer könnten sich die Arbeiter nicht kümmern. Aber wir sind in der Lage, auf eine noch weit interessantere Thatsache aufmerksam machen zu können. Die dem Herrn Dr. Heim in Aushach sehr nahe stehende Centralstelle der christlichen Bauernvereine in Aushach nahm in den letzten Tagen Stellung gegen die Fleisch-tenierung und gab einen Fragebogen heraus, um nachzuweisen zu können, daß gar kein Viehmangel bestehe. Die Centralstelle stellt ferner die Frage zur Erörterung, ob die großen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Verbände und -Vereine heute noch nicht mächtig genug seien, einen Druck zur Lösung dieser Frage zu üben.

Dieser Druck wäre einzig und allein die Errichtung einer großen genossenschaftlichen Schlächtereier, zunächst in zwei Städten, München und Nürnberg, womöglich in Verbindung mit Konsumanten-Verbänden. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf auf diese Weise auszutragen. An Mitteln kann es bei diesen mächtigen landwirtschaftlichen Organisationen nicht fehlen, einige hunderttausend Mark müßten und könnten flott gemacht werden. Die Landwirtschaft führt sonst keinen Kampf gegen den Mittelstand. Nachdem aber die Großstadt-Bevölkerung sich gegen die Landwirtschaft immer heftiger zeigt, so hat eine Schonung nach dieser Seite hin keinen Zweck mehr. Zum Teil sind ja auch die Wegger abhängig von ihren Großhändlern, sie haben keinen eigenen Willen mehr. Hier kann die Entscheidungsschlacht nur von kapitalkräftigen Geannern geschlagen werden und soweit sind heute die Organisationen der Landwirtschaft!

Also gerade einer der größten Wortführer des mittelstandsfremdlichen Centrums will sich den „socialdemokratischen Konsumvereinen“ in die Arme werfen, um mit diesen gemeinsam die zweifellos blühendste Kategorie des Mittelstandes zu belämpfen. Man wird sich das für die Agitation „genau merken“ müssen.

§ 166. Aus Breslau wird gemeldet: Die Strafkammer verurteilte am Dienstag Genossen Bruhs als Redacteur der „Volkswacht“ wegen Beschimpfung einer Einrichtung der katholischen Kirche, begangen durch Besprechung der Nachener Reliquienverehrung, nach dem Antrage des Staatsanwalts zu vierzehn Tagen Gefängnis.

Es trifft sich, daß in diesen Tagen selbst Otto Pleiderer, Professor der Theologie an der Berliner Universität, in einer neuen vom Grafen Hohenbroch herausgegebenen Monatschrift „Deutschland“ sich in folgenden Forderungen gegen den § 166 des Strafgesetzbuches wendet:

„Der § 166 ist sobald wie möglich aus dem Deutschen Strafgesetzbuche zu streichen: denn 1. läßt er durch seine unbestimmte und vieldeutige Formulierung dem subjektiven Ermessen der Richter zu vielen Spielraum und verurteilt dadurch eine bedenkliche Unsicherheit der Rechtsprechung; 2. läßt seine Anwendung bei Unprofessionellen Streitigkeiten unvermeidlich zu inneren Widersprüchen, indem der Säug der Einrichtungen der einen Kirche nicht ohne Schädigung der ebenfalls unter Säug gestellten Einrichtungen der andern möglich ist; 3. widerspricht die Anwendung von Zwang in religiösen Dingen überhaupt sowohl dem Wesen des modernen Rechtsstaates als auch den Grundtugenden evangelischer Gewissenstreue; 4. wird der Zweck, religiöse Kämpfe zu unterdrücken, durch das Strafgesetz nicht nur nicht erreicht, sondern diese Kämpfe werden dadurch noch verschärft und vergiftet; und 5. wird dadurch die Religion des Volkes nicht, wie der Staat doch wünscht, erhalten und gefördert, sondern sie wird vielmehr in ihrem innersten Wesen als Sache freier Ueberzeugung schwer geschädigt.“

Ordensverleihungen an die Boeren-Unterwerfer. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Berlin meldet: Kaiser Wilhelm verlieh dem Kriegsminister Brodrick das Großkreuz des Roten Adlerordens, den Generalen Kelly Kenny und French den Roten Adlerorden erster Klasse, General Hamilton den Kronenorden erster Klasse, Oberst Slater den Roten Adlerorden zweiter und Lieutenant Majoribanks den belien Orden vierter Klasse. Da Roberts schon den Schwarzen Adlerorden hat, machte ihm Kaiser Wilhelm ein Präsent als Andenken an den Verlust.

Das hätten sich die englischen Kommandeure zur Zeit der Kräfte-Telegramme schwerlich träumen lassen, daß sie noch einmal wegen ihrer kriegerischen Leistungen zur Niederwerfung der Boeren vom deutschen Kaiser mit hohen Orden decoriert werden würden!

Unglaubliche Sachen aus dem Volksschulleben, wenigstens für noch naive Seelen ungläublich, erzählt wieder einmal in ihrer Nr. 96 die „Lehrzeitg“ für Thüringen und Mitteldeutschland“, und zwar diesmal aus dem „liberalen“ Herzogtum Gotha. Danach wurden wieder blühende Seminaristen der zweiten Klasse in erledigte Schulstellen eingesetzt! In einem besonderen Fall wird berichtet, daß ein Seminarist, der das Gothaer Seminar nur ein Jahr und ein paar Wochen besucht hat, für genügend vorgebildet erachtet worden ist, eine Schulstelle zu verwalten, dazu in einem Orte, in dem er noch bis Ostern 1901 — die Schulbank selbst gedrückt hat! — freilich handelt es sich ja eben nur um Volksschulen!

Ein Todesmarsch?

Das „Volkswort“ für Anhalt“ brachte am Freitag voriger Woche die Nachricht, daß nach einer Nachricht, die ein Soldat des in Dessau garnisonierenden 93. Infanterie-Regiments an seine Angehörigen gesendet hatte, bei einem am Donnerstag, den 4. September, stattgefundenen Marsch des Regiments im Mandovergelände zwischen Gräfenhainichen und Delitzsch 100 Mann gefürt seien, drei davon seien bereits tot. Diese Nachricht, die unser Dessauer Bruderorgan nur mit Vorbehalt wiedergab, wird nun durch die Meldung des „Witterfelder Kreisblatts“ vollinhaltlich bestätigt: 100 Mann seien gefürt, 3 Mann seien bereits tot und zwei weitere Soldaten liegen noch bestimmungslos daneben. Das „Volkswort“ giebt mit Recht seinem Leserkreis darüber Ausdrück, daß angesichts solcher im höchsten Maße die Deffentlichkeit ausregenden Nachrichten noch keine offizielle Erklärung erfolgt ist!

O welche Lust, Soldat zu sein!

Man schreibt uns aus Thüringen: Wie sind heute in der Lage, über weitere Opfer des Militarismus zu berichten, die die schärfste und öffentlichste Kritik geradezu herausfordern. Der folgende Fall liegt gerade acht Tage zurück. Bei dem Parade-marsch (man denke: bei dieser weltbedeutenden strategischen Übung!) auf dem bei Erfurt liegenden Drosselberge, der am vorigen Montag bei suchthorster Hitze und größter Abspannung der Truppen am Schluß der Übungen noch vorgenommen werden mußte, hatte ein Zug der 10. Compagnie dritten Bataillons des Koburg-Gothaer Regiments Nr. 95 nicht mehr den notwendigen Schneid entwickelt und den Born des betreffenden Hauptmanns derart erregt, daß er ordnete, daß dieser Zug in Erfurt nach der Rückkehr vom Drosselberge in vollster Feldmarschmäßiger Ausrüstung ohne jegliche Ruhepause, nachdem das Bataillon nachts aufgebrochen, bei suchthorster Hitze bis mittags Übungen und Märsche absolviert hatte, sofort nachgerückert wurde! Die Folgen sind nicht verwunderlich: bald wurden zwei Mann schlappfielen um und mußten fortgeschafft werden, ein Dritter

bekam den Hirschschlag und sollte am Freitag nicht wieder zur Besinnung gekommen sein! — Die gutreaktionäre „Dorfzeitung“ in Hildburghausen, das bürgerlich-reaktionäre Hauptorgan Thüringens, berichtet übrigens in ihrer Sonntagnummer aus Coburg, daß drei Mann vom dortigen Bataillon dort angekommen seien, die als krank heimgeschickt wären. Das genannte Blatt fügt hinzu: „Unsre Her sollen unter der suchthorsten Hitze im Mandoverfeld viel zu leiden haben.“ Ob übrigens diese heimgeschickten drei Mann mit den drei Mann der vorstehenden Mitteilungen identisch sind oder weitere drei Mann, können wir noch nicht feststellen.

Katholische Kunstfertigkeit. Einen interessanten Beitrag zu dem in Rombeim laut gefeierten katholischen Kunstverständnis bringt die „Neue Presse“ in Elberfeld. Das Blatt erzählt:

In der alten, katholischen Kirche zu Landstuhl in der Pfalz, wo Franz v. Sickingen beigesetzt ist, war ihm von seinem Sohne ein Denkmal errichtet worden, das ihn in voller Rüstung darstellte. Die Hände sind zum Gebet erhoben, über dem Haupte schwebt der Streithelm. Dieses Denkmal hatte im Laufe der Jahrhunderte schwer gelitten und lag schließlich in Stücken im Turm der Kirche, bis 1869 der historische Verein der Pfalz das Denkmal restaurieren und in der Kirche auf seinem früheren Plaze wieder aufstellen ließ.

Damals ist wohl niemand der Gedanke gekommen, daß dieses Denkmal, das — wohlgerichtet — Sickingen in voller Rüstung, gepanzert vom Hals bis zur Sohle, darstellt, als sittlich gefährlich betrachtet werden könnte. Doch das laun Gläubliche ist Thatsache geworden. Landstuhl bekam einen Pfarrer mit einem besonders fein ausgeprägten sittlichen Empfinden. Auf diesen wirkte das Denkmal anstößig, nicht etwa weil die Figur eine verdächtige Wölfe zeigte, sondern weil die Gesichtsteile durch die Rüstung besonders gut bedeckt waren. Das Denkmal zertrümmern ging nicht gut an. Der Pfarrer beholf sich vorläufig damit, daß er einen Vorhang vor dem Denkmal herziehen ließ. Daß dadurch die Reuegere besonders gewandt und auf das Denkmal hingezogen wurde, ist für nicht gerade Geheimleude eine selbstverständliche Thatsache. Aber bei dem Vorhang ließ es der um das Seelenheil seiner Herde besorgte Pfarrer nicht bewenden. Als eine neue Kanzel errichtet werden sollte, fand sich nach seiner Meinung kein geeigneterer Plaz dafür, als der Plaz, auf dem Sickingen seit Jahrhunderten gestanden. Sickingen mußte weichen und wer heute nach Landstuhl kommt und Sickingens Denkmal in der alten, katholischen Kirche in Augenschein nehmen will, dem wird es ergehen, wie uns jüngst, hinter der Thüre, rechter Hand, in einer dunklen Ecke, dort haben wir das Denkmal des „letzten deutschen Ritters“ gefunden. Aber das wäre noch nicht das Schlimmste! Präffisches Belotement — Professor Eubas nannte es auf dem Katholikentag Förderung der Kunst — hatte sich an dem kunsthistorischen Werk mit feuchter Hand vergriffen, indem es die ihm anstößig erscheinenden Teile der Rüstung von einem Steinbauer abmeißeln ließ.

Halle a. S., 8. September. Einstimmig angenommen wurde heute im Stadtverordneten-Kollegium der socialdemokratische Antrag, dem Magistrat zu erlauben, infolge der neuerdings eingetretenen Erhöhungen der Fleischpreise bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Grenzperre für ausländisches gesundes Vieh aufgehoben wird.

Der Magistrat hat eine amtliche Untersuchung über die Fleischtenierung in die Wege geleitet. Der Direktor des Schlacht- und Viehhofes ist mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt, in der über die Entwicklung der Viehzuführen nach Halle sowie der Preise des Schlachtviehes und der Fleischwaren eine klare Uebersicht geboten werden soll.

Ausland.

Klerikale Militärjustiz.

Paris, 6. September. (Fig. Ver.) Im Laufe der Dreifus-Affaire hat sich die Militärjustiz in jeder Beziehung bis auf die Knochen blamiert und unter dem republikanisch-demokratischen Gesichtspunkt als eine gemeingefährliche Institution offenbart. Das damals geprägte Wort vom Dunde zwischen Säbel und Weiswedel“ zielt vor allem auf die rechtsbrecherische Militärjustiz. Ihre Tage schienen gezählt zu sein. Selbst General Galliffet, der erste Kriegsminister des Cabinets Waldeck-Rousseau, sah sich genötigt, eilig einen Gesuchentwurf über die Reform der Militärjustiz zu beantragen. Aber aus diesem Reformentwurf ist daselbe geworden, wie aus den andren anscheinend „unabweislichen“ reformerischen Folgen der Dreifus-Affaire, nämlich nichts. Die herrschenden Linksepublikaner, schlaue Preller und einschüchlernde Schwächlinge, vergessen gar bald ihre geruchsvollen Phrasen über die „Oberhoheit der Zivilgewalt“ usw.

Jetzt werden sie aus ihrem schlaftrigen Fortwursteln unangenehm geweckt durch das militärgerichtliche Urteil von Rantes über die Gehorsamsverweigerung des Oberstlieutenants de Saint-Rémy. Das Urteil ist die denkbar frechste Herausforderung an die Zivilgewalt. Im Interesse der klerikalen Sippe haben die Richter die sonst vergottete militärische Disciplin mit Füßen getreten. Der Molo, dem alljährlich so viele einfache Soldaten wegen der geringsten Kleinigkeit militärgerichtlich geopfert werden, ist in Rantes auf den Schindanger geworden worden unter dem Händeklischen und der „allgemeinen Heiterkeit“ eines auserlesenen klerikal-militärischen Publikums, dem die gleichgestimmte Pariser Presse sekundiert.

In der summarischen und parteiisch — zu Gunsten des Angeklagten geleiteten Gerichtsverhandlung wurde gleichwohl sommentar erwiesen, daß der Oberstlieutenant einem formellen Befehl des Generals Frater ausdrücklich, durch eine stillschweigend geweigert hatte, der vom General übermittelten Requisition des Präffekten Folge zu leisten. General Frater konnte nicht umhin, die formelle Gehorsamsverweigerung in seiner Zeugenaussage festzustellen. Thut nichts! Das Gericht hat einstimmig den Oberstlieutenant von der Anklage auf Gehorsamsverweigerung freigesprochen. Und man glaube etwa nicht, daß die Freisprechung durch das sonst allzustrange Strafmaß diktiert wäre: im gegebenen Falle, wo es sich weder um das Aufgebot von Truppen gegen den Landesfeind oder gegen „bewaffnete Rebellen“ (die „Bewaffnung“ der Kommenvertreter bestand hauptsächlich in Untatstählen!), noch um den Kriegs- oder Belagerungszustand handelte, steht auf die Gehorsamsverweigerung für den Offizier bloß der Verlust seines Grades (für den Soldaten Gefängnis von 1 bis 2 Jahren). De St. Rémy wurde also nur des geringeren Bergehens, der Mißachtung der Requisition der Zivilgewalt, für schuldig erkannt und mit 3 gegen 4 Stimmen, wels' letztere eine höhere Strafe verlangten, d. h. mit der militärgerichtlichen „Gunsinnüberheit“ in einem Tag Gefängnis nebst dem etwaigen Schadenersatz an den Staat verurteilt. Das Höchstmaß der Strafe ist drei Monate Gefängnis.

Der klerikale Gerichtsvorsitzende, General Coussid de la Rivière, bekam durch den auf die Soldaten ausgeübten religiösen Gewissenszwang, würgte die Gerichtssippe mit der lustigen Schlussbemerkung, daß die Gefängnisfrist vom — 9. August ab zu rechnen ist. Derselbe General hatte es ganz in der Ordnung gefunden, daß der Verteidiger diejenigen Offiziere, die bei der Schließung der Kommenchulen den Gehorsam nicht verweigert haben, für „entehrt“ erklärte!

Der Regierungskommissar wies in seiner Auflagerede warnend auf die Nachahmung hin, die das Beispiel de Saint-Rémys bei einem

niederer Offizier, dem Major Le Roy-Ladurie gefunden hat. Nun, das war für die Militärjustiz ein Grund mehr, ihr cynisches Urteil zu fällen.

Und was nun? Die radikalen Blätter verlangen die thunlichste scharfe Ahregelung des Saint-Rémy durch den Kriegsminister, d. i. die Amnestie für die Dauer von drei Jahren. Die „Lanterne“ fordert außerdem das „Studium von Mitteln und Wegen, den Offizieren aller Grade die Achtung vor den Befehlen der Republik aufzukunzigen“. Große Worte, zu deren Verwirklichung auch den Linken Republikanern, wenn nicht der gute Wille, so der Mut und die Kraft fehlen.

Der nichtradikale ministerielle „Matin“ schreibt seinerseits ironisch: „Die der sozialistischen Partei angehörenden Soldaten wissen fortan, daß sie von ihren Chefs gegen Streikende geschickt, das Recht haben, den Gehorsam zu verweigern. Nur müssen sie, um dem Militärgericht zu genügen, im stände sein, einen gewissen Konflikt vorzuschützen...“ Gemäch! Das radikale Großbürgertum, das dem Urteil von Rantes jubelt und sich wohl auch an der vom Bonapartisten de Cassagnac veranstalteten Geldsammlung zum Ankauf eines Ehrenkreuzes für den „Martyrer“ de Saint-Rémy beteiligt, dieses Großbürgertum vergiebt damit seinen Klasseninteressen nicht. Es weiß genau, daß gegenüber dem Proletariat gerade bei radikalen Militärs und Militärrechtern Disziplin und Gewissenhaftigkeit harmonisch zusammenwirken. Die Disziplin, die ich meine“ wird von der Militärjustiz und der Bourgeoisie nach wie vor hochgehalten werden, wie „die Freiheit, die ich meine“ von den Alexikalen.

Die „Petite République“ verweist in einem „Allgemeine Heiterkeit“ überschriebenen Artikel auf das zweierlei Gewicht der Militärjustiz im Falle Saint-Rémy und im hypothetischen Falle der Gehorsamsverweigerung während eines Streiks: „Zunehmend stellt sich die Militärjustiz in solchen Abenteuern bloß, jeden Tag entehrt sie sich und macht sich lächerlich immer mehr; sie arbeitet zu einem großen Teil daran mit, den Militarismus gefährlich zu machen; sie hilft uns anzugehen, was sich an Dummheit und Lüge hinter den großen Worten versteckt, mit denen man die Menge verblendet. Bravo! Bravo! Sowohl die Heiterkeit ist allgemein. Wir schließen uns von ganzem Herzen den Nachsahen der lustigen Rauten an.“

Das Lachen ist gefunder als das Weinen, die Ironie ist feiner als die Entrüstung. — Leider aber ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß die Ministerien aller Schattierungen zugleich über sich selbst lachen, über ihre gescheiterten Hoffnungen, über ihre halben und rasch aufgegebenen antimilitaristischen Versprechungen, über ihre Ohnmacht, selbst die durch und durch verrottete Militärjustiz zu reformieren.

Paris, 6. September. Die das „Echo de Paris“ mitteilt, wird der in dem Prozeß von Rantes als Zeuge vernommene General Frater wahrscheinlich verurteilt werden, da der Kriegsminister der Ansicht sei, daß hauptsächlich seine Aussage und seine Haltung vor dem Kriegsgericht zur Freisprechung des Oberleutnants de Saint-Rémy beitragen habe. Ferner werde das Reglement in dem Sinne geändert werden, daß die Militärbehörden genötigt seien, der ersten Requisition einer Zivilbehörde sofort zu entsprechen.

Wenn nun aber die Herren Offiziere des Reglement ebenso misgünstig, wie Saint-Rémy den direkten Befehl seines Vorgesetzten misgünstig hat? Und wenn die Kriegsgerichte die gehoramsverweigernden Offiziere freisprechen? —

Frankreich.

Radikale Wahlerfolge. Paris, 8. September. (Fig. Ver.) In der Kammerwahl von Jonzac (Niederrhein) wurde durch die Abstimmung der mit 10 Stimmen Mehrheit erfolgten Wahl des Nationalisten Marraud, siegte am Sonntag in der Hauptwahl der radikale Kandidat Verguier mit 10 891 gegen 9246 nationalistische Stimmen. Der Radikale gewinnt im Vergleich mit den allgemeinen Wahlen des letzten April etwa 8000 Stimmen hinzu. (Im Vergleich mit den Stichwahlzahlen) 228 Stimmen. Der Nationalist verliert im Vergleich mit den Stichwahlen des 8. Mai 927 Stimmen. Die Radikalen haben sich alle Linken republikaner sowie die Minimalisten und Nationalisten gleich in der Hauptwahl um je einen Kandidaten geschart.

In der Senatswahl von Haut-Garonne-Departement erzielte der Radikale Bougues den verstorbenen gleichfalls radikalen Senator Abeille mit von 501 auf 732 gestiegenen Stimmenzahl. Er war übrigens der einzige Kandidat, während etwa 100 Stimmen sich auf verschiedene Namen zerplätteten. —

Die Kirche gegen Renan. Paris, 8. September. (Fig. Ver.) Die Kirche hat nicht nur einen guten Magen, sie hat auch ein gutes Gedächtnis. Diesmal gilt es dem „Abtrünnigen“ Ernest Renan, dem Verfasser des „Lebens Jesu“, diesem Schätzer von wohlwollenden Kritikern der kirchlichen Dogmen, diesem bei all seiner Stells im Grunde religiösen Gemüt, hat er nicht in der „Vollausgabe“ seines „Lebens Jesu“ gewisse Partien der wissenschaftlichen Ausgabe ausgemerzt, um, wie er im Vorwort zur ersten Ausgabe bemerkt, „keinen Anstoß zu erregen bei so viel vorzüglichen Seelen, die das Christentum erzieht und ernährt“? Hat er nicht gewisse „Differenzen“ beseitigt, um in der Vollausgabe „nur an die Poesie und die Erbauung zu denken, deren diese alten Erzählungen überfüllt sind“? —
Zuhilfenahme! Die Kirche verlor ihn mit ihrem Haß bis über das Grab hinaus. — Die guten Bürger von Treguier, der bretonischen Vaterstadt Renans, wollen ihrem berühmten Landsmann ein Denkmal errichten. Der Gemeinderat, an deren Spitze bretonisch-freimütige Katholiken stehen, hat für die Errichtung des Denkmals den großen Stadtplatz einräumt. Sofort veröffentlichte der städtische Erzpriester einen Protest im Kapuzinerkloster, worin er den großen Toten mit Rot bewirft. Seinem Beispiel folgt jetzt der Bischof von St. Briac. In einem Briefe an den Erzpriester droht er „der Stadt des hl. Yves“, im Falle der Errichtung des Renan-Denkmal, mit der Abschaffung der alljährlichen kirchlichen Prozession des 19. Mai: „Der Verfasser des „Lebens Jesu“ ist ein Ketzer, ein Gottloser, ein Religionshänder. Ihm ein Denkmal errichten, wäre eine Heiligenhäufung, gegen welche ich energisch protestieren würde im Namen der Bretagne, Frankreichs und aller christlichen Länder...“

Dem Denkmal wird der Protest nicht weiter schaden, die Kirche aber, die sich gerade jetzt in Frankreich auf die Märtyrerin der „Freiheit“ hinstützt, hat sich wieder einmal blamiert. —

Belgien.

Die Campagne zur Eringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts soll seitens der Sozialisten nach Wiedereröffnung der Kammer von neuem eröffnet werden. Man plant die Gründung einer Spezialklasse für den Generalstreik, mit dessen Hilfe man das Wahlrecht zu erringen hofft. —

Spanien.

Von den Unruhen in Barcelona. Vom 8. September wird aus Barcelona gemeldet: Die Gärung unter den Arbeitern und einem großen Teil der Bevölkerung ist infolge der blutigen Zusammenstöße noch immer im Steigen. Die Studenten haben sich größtenteils den Arbeitern angeschlossen. In den Fabriksvorständen fanden, trotz des Verbots derselben und deren sofortiger Auflösung, Versammlungen statt, in denen mit dem allgemeinen Auslande gedroht wurde, wenn die Verhafteten nicht freigelassen würden. Der Generalgouverneur hat darauf die sofortige Aburteilung der Verhafteten durch das Kriegsgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit angeordnet. Auf der Rambla und dem Konstitutionsplatze, vor der Universität und dem Palaste des Gouverneurs kam es abends zu Demonstrationen der erregten Menge,

aber überall wurde dieselbe, kaum daß sie sich zu sammeln begann, von der Guardia civil und Bourgeois aneinandergetrieben. Einige dreißig Verwundete liegen in den Hospitälern. —

Afrika.

Zur Lage in Marokko. Die „Morning Post“ meldet aus Madrid: Nachrichten aus Tanger zufolge sei die Lage in Marokko ernst. Die Araber hielten sich in der Nähe von Requinez auf und hätten von neuem das Judenviertel angegriffen. Zwei Couriere, ein Deutscher und ein Franzose, die Depeschen nach Requinez bringen sollten, seien ermordet worden. 7000 Mann Truppen seien von Fez nach Requinez unterwegs, um die Unruhen zu unterdrücken. —

Der Kongreß der italienischen sozialistischen Partei.

Zweiter Tag.

Imola, den 7. September 1902. (Fig. Ver.)

Andrea Costa eröffnet die Sitzung; er erklärt, daß die revolutionäre Richtung als Redner die Genossen Prof. Enrico Ferri, Arturo Labriola und den Arbeiter-Deputierten Rinaldo Rigola, die reformistische Richtung dagegen Filippo Turati, Claudio Treves und den Arbeiter-Deputierten Pietro Chiesa erwählt haben.

Es beginnt Pietro Chiesa. Zuerst erörtert er die Frage der Existenz der beiden Tendenzen. Ein Grund hierfür, eine logische Basis existiere nicht. Nur die Wirkungen persönlicher Zwistigkeiten und nicht andres seien sichtbar. Die revolutionäre Richtung sei durchaus unpraktisch, ihre Anhänger seien keine Freunde energischer Arbeiten. Erst jetzt, wo die politische Freiheit gesichert sei, habe die Propaganda in erster Reihe einzusetzen können. Es genüge nicht mehr, das Proletariat nur auf die späteren Zeiten des Kollektivismus zu verweisen. Deshalb vergräßen die Reformisten aber nicht weniger die Endziele. Aber die ökonomische Organisation des Proletariats sei die Hauptsache. Dabei seien sie in die Arbeitergesellschaften einzuordnen, um die Mitglieder derselben zu Sozialisten zu machen. Das sei wahrhaft revolutionäre Arbeit. Reform und Revolution gehören zusammen. Die Kapitalisten müssen wissen, daß nicht leichte Lohn erhöhungen genügen, sondern nur eine kollektivistische Gesellschaft dauernd helfen kann. Die sogenannten Reformisten seien keineswegs prinzipielle Ministerielle.

Er verteidigt darauf die ministerfreundliche Haltung der parlamentarischen Fraktion. Er habe sich gesagt, man müsse die jetzige Freiheit erhalten, und es sei ein Verbrechen gewesen, die starken Organisationskräfte einer möglichen Auflösung auszuliefern. (Beifall.) Das eine gebe er aber zu. Wenn leistungsgewiss an der Möglichkeit einer solchen Aktion müsse man stets gegen das Ministerium stimmen. (Beifall.)

Rinaldo Rigola: Am liebsten hätte er geschwiegen in dieser Frage. Aber das Gewissen dränge ihn zum Reden. Auf alle Fälle müsse die Einheit gewahrt bleiben und die italienische sozialistische Partei einen neuen Beweis ihrer unpersonlichen Uneigennützigkeit geben. Was ihn anbetreffe, so sei er nun einmal ein Romaniker. Als er vom Exil zurückgekommen sei, habe er seinen Wählern gesagt, er wolle nicht ihr Vertreter sein, wenn sie nicht gleichzeitig eine starke ökonomische Organisation darstellten. Dem politische und ökonomische Bewegung gehörten zusammen. Jedenfalls habe man aber in Italien proletarischerseits viel zu viel Wert auf die Arbeiterschnur-Befestigung gelegt. So habe auch das neue Frauen- und Säuglingsgesetz nur eine minimale praktische Bedeutung. Der Reformismus innerhalb der Partei dürfe nicht Reformen um der Reformen willen wollen. Man thäte nicht immer ein wahrhaft sozialistisches Werk, wenn man nichts als eine etwas bessere Lebenshaltung des Proletariats bewirke. Das thäten die Bürgerlichen zum Teil auch. Die Hauptsache sei immer die Propaganda eines vom Würgeramt strengstens getrennten Sozialismus. Der Populismus in der letzten Zeit habe den Einfluß vieler mächtiger Elemente zur Folge gehabt und den reinproletarischen Charakter der Partei gestört. Er sei überzeugt, daß die große Masse der Proletarier mit der revolutionären Tendenz einverstanden sei. (Großer Beifall, Auf: Abstimmen! Anhaltender Lärm.)

Costa bemerkt, erst müßten die vier andren Redner angehört werden.

Claudio Treves, Redacteur des reformistischen Mailänder Blattes „Il Tempo“: Die Zeit des Dranges sei vorbei. Man könne das bedauern und Sehnsucht danach haben, aber andererseits müsse man sich doch getrauen, daß die Partei seit der Zeit eines großartigen Aufschwung genommen habe, der sogar so großartig geworden sei, daß innerhalb der Partei Stellen disponibel geworden wären, die schon aus peluianen Rücksichten gerne besetzt würden. (Lärm.) Dugoni: Nämlich als Redacteur des „Tempo“! (Starker Lärm. Costa schlägt vor, dieses Vorkommnis als persönlichen Zwist einer Kommission zu überweisen.)

Claudio Treves fährt fort: Alles Große, was die Partei geschaffen, sei auf dem Boden der Organisation entstanden. Propaganda sei ein Wort, das in sehr verschiedenem Sinne aufgefaßt werden könne. Der Begriff der revolutionären Taktik sei ja ganz schön, aber die einzig richtige Taktik der Partei sei doch nur, das Mittel zu finden, mit welchem bei möglichst geringem Kräfteaufwand möglichst viel erreicht werde. Die Hauptwaffe der Propaganda sei Ueberredungskunst. Es sei müßig, zu entscheiden, ob die Reformen vom Proletariat der Bourgeoisie entrisßen würden. Sogar Ferri habe gesagt: „Die Thatfachen sind mächtiger als wir selbst.“ Die Erfolge, die Ferri errungen habe, seien nicht so sehr persönliche, als vielmehr Erfolge des großen von ihm vertretenen sozialistischen Gedankens. Der Sozialismus sei nichts anderes, als die praktische Anwendung der Wissenschaft im Leben. Die reformistische Tendenz sei die einzig richtige. Der Kollektivismus würde keineswegs von den Reformisten verneht. Doch er das alleinige Ziel des Sozialismus sei, wäre sonnenklar. (Stürmischer Beifall.)

Arturo Labriola: Treves habe von vielen schönen Dingen und in sehr idealer Weise geredet und er sei hiermit vollständig einverstanden. Er habe gezeigt, welchen Glauben an das Ideal er besitze; leider aber verhalte sich nicht alles so, wie er gesagt habe. Die Tendenzen existierten und hätten ihre volle Berechtigung.

Die sozialen Verhältnisse in Italien seien sehr verschieden von denen des Auslandes. Das italienische Proletariat sei keineswegs reich, sich genügen die Reformen zu erziehen. Daß die Reformen für einen noch niedrig stehenden Proletariat aber noch wenig fruchteten, dafür sei auch Defizit ein Beispiel, wo die theoretisch besten Reformen existierten, die aber praktisch keine Anwendung fanden. Ein weiterer Fehler der reformistischen Tendenz sei ihre große Abhängigkeit an die Monarchie, mit deren Verteidigung, womit übrigens auch die ihrer sämtlichen Attribute zusammenhänge, man dem Proletariat keineswegs einen Gefallen thäte. Ein letztes Wort wolle er noch über die Reformen sagen: „Sie helfen zwar zur momentanen Aufbesserung der Lebenshaltung des Proletariats, hätten aber für das Endziel des Sozialismus nur relativ geringe Bedeutung.“ Wenn er vor kurzem den Vorschlag gemacht habe, die Partei, in welcher sich zwei so grundverschiedene Tendenzen befänden, möchte beiden völlige Freiheit des Auslebens gestatten, so wolle er hiermit jenen Antrag zurückziehen und öffentlich erklären, daß auch er jetzt für unbedingte Einheit der Partei sinne.

Zwischen 12 und 1/2 Uhr geworden und der Kongreß beschließt auf Antrag des Präsidenten Costa Aufhebung der Sitzung und Fortsetzung der Diskussion abends um 8 Uhr. Zugleich erteilt Costa ein recht zahlreiche Beteiligung an dem Festzug, der von den organisierten Arbeitern von Imola und Umgebung für nachmittags 3 Uhr geplant ist.

Der Kongreß trat etwas nach 8 Uhr wieder zusammen. Es war jedoch nicht möglich, in der abendlich angeregten Stimmung, in der er sich befand, einen so wichtigen Entschluß wie den über die beiden Tendenzen zu fassen.

Andrea Costa beantragt deshalb unter allgemeinstem Beifall die Vertagung der Sitzung auf den folgenden Morgen um 8 Uhr.

Telegraphisch wird uns noch aus Imola gemeldet: Soeben wurde nach dreitägigen Debatten die intransigente Resolution Ferri mit 458 gegen 279 Stimmen abgelehnt, dagegen der Kompromißantrag Bonomi angenommen. Derselbe lautet:

Das Endziel des Sozialismus ist die Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung durch das Mittel des Kollektivismus. Der Weg zur Emancipation ist der von dem Klassenbewußten Proletariat geführte Klassenkampf gegen die wirtschaftliche und politische Organisation der Klasse der Monopolisten und Befürder der Produktionsmittel. Da alle Reformen, welche die ökonomische, politische und moralische Hebung des Proletariats bezwecken, gleichzeitig zur Erreichung der sozialen Revolution beitragen, so erklärt der Kongreß die Existenz zweier verschiedenen Tendenzen als wohl vereinbar. — Der Kongreß stellt fest, daß die Aktion der Partei reformistisch ist, weil revolutionär, und revolutionär, weil reformistisch, oder auch die einfache (simplicemente) sozialistische Parteilinie.

Die Revolution erkennt ferner an, daß die Kammerfraktion in ihren Entschlüssen selbständig ist; daß sie sich indes in Fühlung mit den Anschauungen und Wünschen der großen Masse des Proletariats halten muß.

Ueber den sozialistischen Demonstrationstzug

berichtet uns unser Korrespondent:

Eine ungeheure Menschenmenge versammelte sich nachmittags vor den Thoren der Stadt auf der Landstraße nach Bologna, am Viale dei Cappuccini. Es war ein imposantes Schauspiel, das durch die zahlreichen roten Fahnen der verschiedenen sozialistischen Bauernbünde noch ein ganz besonderes Gepräge erhielt. Die gesamte Bevölkerung von Imola nahm regen Anteil an der Kundgebung, die sozialistischen Arbeiter waren in großer Anzahl erschienen, besonders interessant hob sich unter ihnen eine städtische Gruppe von Frauen, Reicharbeiterinnen aus Molinella und Umgebung, hervor, die das für ihre arbeitsamen Verhältnisse große Opfer der Fahrt zum Festzug nicht gescheut hatten, selbst wenn sie auch dafür vielleicht einen Tag hungern mußten. Sie scharten sich um ihre tapferen Genossen Argentina Bonetti-Altabelli, die als unermüdete Organisatorin unter ihnen wirkte.

Gegen 4 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung, wohl 5000 Köpfe stark. Er zog durch die von Zuschauern dicht besetzten Straßen bis auf den Marktplatz, wo vor dem Rathaus (municipio) Halt gemacht wurde. Kopf an Kopf drängte sich die Menge vor diesem alten Rathaus, den die Sozialisten stolz den ihren nennen können, da der Bürgermeister der Stadt selbst ja ein Genosse ist!

Vom Balkon des Rathauses aus richteten nun die beliebtesten Redner begeisterte Worte an das sozialistische Volk, das mit atemloser Spannung lauschte.

Es sprachen Andrea Costa, Pietro Chiesa, Nicola Barbato, Filippo Turati, Leonida Bissolati und die Genossin Carolina Annoni. Auch der deutsche Genosse Dr. Robert Reichels ergriff auf Bitten Costas das Wort, um den Gedanken der Internationalität des sozialistischen Proletariats zu feiern.

Dann löste sich die Menge allmählich auf unter den Klängen der italienischen Arbeiterhymne, die von vielen Tausenden begeistert mitgegeben wurde.

Partei-Nachrichten.

Eine interessante Erinnerung aus der Parteigeschichte giebt Weber in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ in einem Artikel zum Parteitage. Er schreibt:

Es ist das erste Mal seit dem Bestehen einer sozialdemokratischen Partei in Deutschland, daß in einer bayerischen Stadt ein deutscher Parteitag stattfindet. Weber hat je der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein eine seiner Generalversammlungen, noch die sozialdemokratische Arbeiterpartei (die sogenannten Eisenacher) einen ihrer Kongresse dort abgehalten und ebensowenig die später vereinigte sozialistische Arbeiterpartei. Eine Aufspaltung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins führte allerdings eine Zeit lang im südlichen Bayern, hauptsächlich in Augsburg, eine selbständige Existenz, deren Führer neben dem verstorbenen Reich unsre noch lebenden Parteigenossen Laucher in Stuttgart und J. Franz jetzt in New York waren. Im Januar 1870 hatte ich auch die Ehre, auf dem Kongreß dieser Fraktion als Delegierter der Eisenacher Partei zu erscheinen, um die Angliederung an die Eisenacher herbeizuführen zu helfen. Aber die rechte Stunde war noch nicht gekommen; doch ließ die Verschmelzung nicht lange auf sich warten.

Dagegen fand im September des Jahres 1868 — es werden an dem Tage, an dem dieser Artikel erscheint, genau vierunddreißig Jahre — ein historisch wichtiger Vereinigungstag der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg statt, auf dem es zu einer Scheidung zwischen dem im Verband bestehenden Gegenpartei kam. In der sicheren Erwartung, daß die sogenannte selbstständiger Richtung die Oberhand auf diesem Vereinigungstag behalten würde, hatte der Magistrat der alten Reichsstadt auf Antrag des dortigen Arbeiterbildungsvereins, der im selbsthilferischen Lager stand, eingewilligt, den prädicativen Rathsaal dem Vereinigungstag als Sitzungslokal zu bewilligen. Aber siehe da, es kam anders, als die hohen Herren geglaubt. Die gegenwärtige Richtung hatte unter der Hand gut vorgeberbeitet, und so stellte sich in der Vorversammlung heraus, daß sie, die sozialistische Richtung, die erhebliche Mehrheit hatte. Parteigenosse Gabriel Löwenstein und ich wurden zur Leitung der Verhandlungen benannt, und so besetzten wir als Präsidenten die kuralischen Stühle, auf denen seit Jahrhunderten so viele stolze Vertreter des Nürnberger Patriziats; und bei den verschiedenen Reichstagen und sonstigen Fürstentagungen auch die Vertreter des höchsten Adels ihre Glieder geräfelt hatten.

Nach einer dreitägigen glänzenden Redeschlacht — einer der interessantesten, die ich je erlebte —, in der unser ehrenwürdiger Robert Schweichel als Referent neben unserm leider verstorbenen Liebthecht die Führung hatten, siegte der Sozialismus. Die Trennung war vollzogen, die Bahn war frei.

Reichstags-Kandidaturen. Im ersten hannoverschen Wahlkreise kandidiert wieder Genosse Hug in Vant, im 18. hannoverschen Kreise Genosse Ober. Für Ostpreußen wurden die Kandidaten am Sonntag vom Provinzialparlament aufgestellt. Es kandidieren: Landkreis Königsberg: Allenstein-Rössel, Braunsberg-Heilsberg sowie Mierode Genosse Braun. Labiau-Wehlau und Insterburg: Gumbinnen Genosse Linde. Heiligenbeil-Elbau und Holland-Rohrungen Genosse Gasse. Sensburg-Ortelsburg, Angerburg-Edyen, Stallupönen-Goldap, Marienburg-Gerdauen und Oletzko-Ohl Genosse Ehardt. Rastau, Memel-Preßburg und August-Billallen Genosse Hofer.

Für das Königreich Sachsen werden in dem soeben angegebenen Landtagswahlkreise sämtliche Kandidaten genannt, die wir der Uebersicht wegen, obwohl einige derselben schon registriert wurden, nochmals im Zusammenhang nennen.

Alt-Anhalt: Edmund Fischer, Löbau-Eberbach: Karl Siederer, Naun-Quang-Kamenz: Wilh. Höppler, Dresden-Neustadt: August Raden, Dresden-Altsitz: Dr. G. Gradnauer, Dresden-Land: Georg Horn, Meißner-Großschönau: Hermann Goldstein, Pirna-Sebnitz: Jul. Frähdorf, Freiberg-Deudran: Ernst Schulze, Döbeln-Roschwitz: Karl Grünberg, Wurzen-Oschay: Mich. Lipinsky, Leipzig-Stadt: Jul. Wötter, Leipzig-Land: Frh. Geyer, Vornau-Vogau: Georg Schöpflin, Mittweida-Limbach: Paul Göhrke, Chemnitz: Max Schipfel, Glauchau-Neerane: Ignaz Auer, Zwickau-Berdaun: Wilh. Stolle, Stollberg-Saundberg: Julius Seifert, Zschopau-Marienberg: Emil Rosenow, Annaberg-Idersdorf: Ernst Grenz, Meichenbach-Kirchberg: Franz Hofmann, Plauen-Delsnitz: Albin Gerich. Für Gotha kandidiert Genosse Bod wieder.

Der ostpreussische Provinzial-Parteitag fand am Sonntag in Königsberg statt. Er war von 42 Delegierten besucht. Die nach einem Vortrage des Genossen Haase über die Reichstagswahlen ernannten Kandidaten verzeichnen wir unter Reichstags-Kandidaturen.

Wie aus dem Bericht des Vertrauensmannes Genossen Linde hervor- geht, hat sich der „Landbote“, ein Landagitationsblatt, als vortref- liches Agitations- und Bindemittel unter den Genossen erwiesen. Mit Landarbeitern bestehen zahlreiche Verbindungen. Doch kommen noch sehr zahlreiche Maßregelungen vor wegen des Bekennnisses zur Socialdemokratie. Welche Schwierigkeiten den östpreussischen Genossen noch entstehen, geht aus den Mitteilungen des Genossen M i d e l e i t- Maguit hervor. Er sagte:

Es hat ungeheure Schwierigkeiten gemacht, in Maguit einen Saal zu bekommen. Seit 22 Monaten, während welcher wir einen Saal haben, habe ich nicht weniger als 27 polizeiliche Ver- nehmungen und drei Anklagen gehabt; zweimal wurde ich verurteilt und einmal freigesprochen. Früher hat Maguit 67 Genossen gezählt; jetzt ist die Zahl bis auf 15 zusammengeschrumpft.

Zur Agitation wurde beschlossen, Kalender und Flugblätter in lituanischer Sprache, sowie in deutschsprachigen Kreisen in diesem Herbst noch ein Flugblatt mit Zeichnungen zu verbreiten.

Aus Industrie und Handel.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrund- bahnen giebt als Antwort auf die Erörterungen über die Rentabi- lität ihres Unternehmens bekannt, daß sich die Brutto-Einnahmen der Bahn für die Zeit vom 18. Februar (Beginn des Betriebes) bis zum 31. August d. J. bei einer Beförderung von 10 163 190 Personen auf 1 272 838 M. stellen. Danach berechnet sich die Durchschnitts- Einnahme pro Person auf 12,54 Pf.

Bei dem Kohlenverbrauch hat sich der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge im Monat August eine Wiedereinsparung von 20,54 Proz. gegen 23,37 Proz. im Vormonat und gegen 15,17 Proz. im August des Vorjahres ergeben.

Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach den Angaben vom amerikanischen Handelsamt veröffentlichten end- gültigen Zahlen der Ein- und Ausfuhr im Fiskaljahr 1901/02 betrug die Einfuhr (ohne Gold und Silber):

	1900/1901		1901/1902	
	Wert in Dollar	Proz. der Gesamteinfuhr	Wert in Dollar	Proz. der Gesamteinfuhr
Nahrungsmittel und lebendes Vieh	222 242 282	27,00	201 000 047	22,26
Rohstoffe	289 878 004	32,78	327 657 880	36,27
Halbfabrikate	79 160 108	9,62	91 118 801	10,09
Ganzfabrikate	180 812 865	15,89	150 523 055	16,67
Zugut- u. Artikel	121 074 848	14,71	132 938 898	14,72
Zusammen	823 172 165	100,00	903 327 071	100,00

Dagegen stellte sich die Ausfuhr auf:

	1900/1901		1901/1902	
	Wert in Dollar	Proz. der Gesamtausfuhr	Wert in Dollar	Proz. der Gesamtausfuhr
Erzeugnisse d. Ackerbaues	943 811 020	64,62	851 460 312	62,81
Fabrikate	412 155 066	25,22	403 800 763	29,80
Verfahren-Erzeugnisse	37 985 833	2,90	39 075 999	2,88
Erzeugnisse der Forst- wirtschaft	54 817 294	3,72	48 183 732	3,56
Erzeugnisse der Fischerei	7 683 463	0,53	7 665 786	0,57
Verarbeitetes	4 510 740	0,31	5 205 280	0,38
Zusammen	1 499 402 806	100,00	1 355 481 891	100,00

Die Einfuhr aus Deutschland hat im Vergleich zum Fiskal- jahre 1900/1901 um 1533 187 Dollar zugenommen, gegen 1899/1900 um 4 624 399 Dollar. Der Gesamtwert der Ausfuhr nach Deutsch- land war im 18 632 417 Dollar geringer als im Fiskaljahr 1900/1901 und blieb auch hinter der Ausfuhr des Jahres 1899/1900 um 14 199 879 Dollar zurück.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawatten-Branche

hatte zu Montagabend zwei öffentliche Versammlungen einberufen, von denen die eine in Fehs Gesellschaftshaus, Brannen- straße, die andre in der „Moina“, Brangelstraße, abgehalten wurde. Beide Versammlungen waren von Zuhörern kleiner Plättereien ge- führt, während sich die eigentlichen Plättnerinnen in einer ver- hältnismäßig nur geringen Zahl eingefunden hatten. Als Re- ferentinnen waren Frau Thier und Frau Tieg erschienen. Sie behandelten die Frage: „Wie werden unsre vor dem Einigungsamt festgesetzten Lohnsätze eingehalten?“ Hierbei gingen sie gleichzeitig auf die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnis- nisse in den Wäschereien und Plättereien ein.

Schon vor zwei Jahren führte das skandalöse Ausbeutungssystem in der Wäschebranche zu einer allgemeinen Bewegung der hier in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Unterstützt wurde diese Bewegung damals von den kleinen Arbeitgebern, weil sich diese durch die Konkurrenz der immer mehr in Blüte kommenden Dampf- wäschereien in ihrer Existenz bedroht sahen. Es gelang damals, eine Organisation der Wäscherinnen und Plättnerinnen zu schaffen, auch war es nach hartem Kampfe möglich, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts einen Lohnsatz fest- zusetzen. Die Arbeitszeit wurde dort auf zehn Stunden bemessen. Der Wochenlohn sollte betragen für Plättnerinnen mindestens 15 M. und für Wäscherinnen 21 M. ohne Kost. Ferner wurde eine gemischte Kommission, bestehend aus 5 Arbeiterinnen und 5 Arbeitgebern, zur Regelung etwa eintretender Differenzen gewählt, auch schuf man einen paritätischen Arbeitsnachweis.

Was ist nun aus den damaligen Errangenschaften geworden? Sie sind zum größten Teil verloren, die Zustände sind fast jenen noch schlechter geworden, wie sie vor zwei Jahren waren. Die Plättnerinnen haben ihrer Organisation noch und nach den Mäden gelehrt, dem Verein gehören jetzt nur circa 800 Mitglieder an. Auch der Arbeitsnachweis wird von ihnen nicht genügend in An- spruch genommen, trotzdem derselbe nach Möglichkeit darauf achtet, nur solche Arbeit zu vermitteln, die auch halbwegs tarifmäßig be- zahlt wird. Die Arbeiterinnen rüsten sich vielmehr nach den Annoncen der dem Hochweil ungenügend gestimmten Arbeitgeber; da- durch werden letztere, besonders die Dampf-Waschanstalten, mit An- geboten förmlich überlaufen, obwohl im allgemeinen ein Mangel an geübten Plättnerinnen herrscht. Die Folgen dieser Indifferenz machen sich in verschiedener Hinsicht geltend. In den etwa 100 Berliner Dampf-Waschanstalten werden geradezu erbärmliche Löhne gezahlt; 8 bis 10 M. ist schon ein „guter“ Wochenlohn, wer 12 oder ausnahmsweise 15 M. verdient, dünkt sich schon glänzend bezahlt, ja an den Dampfmaschinen sind Wochenlöhne von 5 und 6 M. gang und gäbe.

Wie es mit den familiären Einrichtungen in solchen Waschanstalten bestellt ist, erhält schon zur Genüge aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren, doch sehen diese lange noch nicht alle Ver- hältnisse. So z. B. befinden sich in einer Dampf-Waschanstalt in der Mühlenstraße in einem Raum 4, in dem andern Raum 8 Dampf- maschinen. Beide Räume sind ständig mit Dampf angefüllt, an den Wänden tropft das Wasser herab. Da für die ca. 50 Arbeiterinnen weder Kalleideräume noch Kleiderstühle existieren, so müssen jene ihre Kleider an den feuchten Wänden aufhängen. Kaltes giebt es auch keinen gesonderten Aufenthaltsraum für jugendliche Arbeiterinnen. Nach der so notwendigen Kochgelegenheit sucht man ebenfalls vergeblich. Die meisten Arbeiterinnen haben einen weiten Weg bis zu ihrer Wohnung, können also des Mittags nicht nach Hause kommen. Ihr bißchen Brot müssen sie, da ihnen kein anderer Aufbewahrungsraum zur Verfügung steht, in den Kleiderstücken stecken lassen, und weil sie sich kein warmes Getränk (Stoffee, Kalao oder dergleichen) leisten können, so müssen sie schon den ganzen Tag mit ihrem Stücken Brot und einem Tump kalten Wassers vorlieb- nehmen. Dazu die schwere und ungesunde Arbeit, dann kann man sich denken, wie solcher Plättnerin zu Mute sein muß.

Die durch Konzentration des Betriebes, durch billige Löhne und schlechte sanitäre Einrichtungen der Dampf-Waschanstalten hervor- gerufene Preisdrückerei hat nun zu einem erbitterten Konkurrenz- kampf zwischen diesen und den kleinen Plättnerbesitzern geführt, insoweit auch bei letzteren eine ungeheure Ausbeutung der Arbeiterinnen Platz gegriffen hat. Wohl zahlt noch ein Teil von ihnen die im Tarif festgesetzten Löhne, eine große Anzahl aber hat den Lohn genau so herabgedrückt wie die Dampf-Waschanstalts- Besitzer. Viele treiben außerdem noch eine unerhörte Lehrlings- züchterei. Jedes Lehrlingsmädchen hat 6 Wochen zu lernen und dafür ein Lehrgeld von 15 M. zu entrichten. Dieser Umstand veranlaßt viele kleine Arbeitgeber, besonders solche mit Arbeiterkundschaft, fast nur Lehrlingsmädchen zu halten. Sind ihre Leistungen auch nur mangel- haft, so kosten sie nicht nur nichts, sondern bringen noch obendrein Geld ein. Am schlimmsten sieht es aber mit der Arbeitszeit aus. Während dieselbe in den Dampf- Waschanstalten noch halbwegs den gesetzlichen Vorschriften gemäß innegehalten werden muß, ist sie in den kleinen Betrieben geradezu unbegrenzt. Es wird dort nicht nur bis Mitternacht, nein sogar ganze Nächte hindurch gearbeitet. Die letzten Tage in der Woche sind die Mädchen demnach überanstrengt, daß sie sich vor Mittag- zeit mitunter kaum auf den Beinen zu halten vermögen. Eine Wenigkeit dieser Zustände soll jetzt erstlich in Angriff genommen werden, denn bei der jetzt üblichen Praxis in diesem Gewerbe sieht zu erwarten, daß die Plättnerinnen körperlich und geistig total ver- kümmernd und vollends zu Paris der Gesellschaft herabstinken.

Die Diskussion war eine ungewöhnlich rege und lebhaft. Seitens der kleinen Plättnerbesitzer wurde besonders darauf hin- gewiesen, daß sie einen so außerordentlich schwierigen Konkurrenz- kampf gegen die Dampf-Waschanstalten zu kämpfen hätten. Hierin liege auch der Grund, weshalb sie sich betrefis der Lohnhöhe wohl oder übel nach letzteren richten müßten. Was die übermäßig lange Arbeitszeit anbelange, so rühre diese zum größten Teil daher, daß besonders die Arbeiterfamilien ihre Wäsche erst immer in den letzten Tagen der Woche einliefern. Da sich jeder seine Kund- schaft erhalten wolle, so bleibe häufig beim besten Willen nichts andres übrig, als die Nächte hindurch zu arbeiten. Für die letzten Tage aber mehr Arbeiterinnen einzustellen, habe große Schwierigkeiten, weil erstens solche zur Ausbille nicht leicht zu finden seien, und zweitens dadurch auch den ständigen Plättnerinnen der in den ersten Wochentagen vollends minimale Verdienst für die ganze Woche noch mehr geschmälert werde. Die Hauptschuld liege aber zweifellos an den Arbeiterinnen selber. Würden diese nicht so indifferent in den Tag hineinleben, sondern sich der Organisation anschließen, so sei es auch möglich, die Besitzer der großen Dampf-Waschanstalten zur Zahlung höherer Löhne zu zwingen, was dann auch eine wohlthätige Rückwirkung auf die Verhältnisse in den kleinen Betrieben ausüben werde. Unter den jetzigen Verhältnissen aber können die großen Arbeitgeber mit ihren Leuten einfach machen was sie wollen, und die kleinen seien notgedrungen zu ähnlichen Praktiken gezwungen, wenn sie sich bei den hohen Mieten u. über Wasser halten wollten.

Da diese Argumente nicht völlig von der Hand zu weisen waren, so wurde beschlossen, in der nächsten Zeit einen gemeinsamen, plan- mäßigen Kampf der Arbeiterinnen mit den Plättner- Besitzern gegen die Dampf-Waschanstalten zu inszenieren, ein Kampf der Kleinen mit den Kleinen gegen die Großen. Es soll baldigst eine neue gemischte Kommission gewählt werden, die das Weitere in dieser Sache zu veranlassen hat. Ebenfalls sollen Anträge an die gesamte Arbeiterschaft ergehen, ihre Wäsche nicht erst immer in den letzten, sondern schon in den ersten Tagen der Woche in den Plättereien einzuliefern.

Schöneberg. Heute, Mittwoch, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend seine regelmäßig jeden Mittwoch vor dem 15. jedes Monats stattfindende Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Paul Göhre über die Erziehungsfrage einen Vortrag halten wird. Gäste, Herren sowie Damen, haben Zutritt.

Für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren hat sich bekanntlich der schwedische Reichstag ausgesprochen, und wie wir kürzlich mitteilten, hat auch das Oberstaatsbatteramt in Stockholm dem zugestimmt. Nun haben die Fabrikinspektoren Schwedens dieser Frage wegen eine Konferenz in Norrköping abgehalten. Sie sind jedoch zu einem andern Urteil gekommen. Sämtliche Redner sprachen sich in ablehnendem Sinne aus. Man meinte, daß eine weibliche Inspektorin ihrem männlichen Kollegen nicht gewachsen wäre und auch ihre Eigenschaft als Frau ihr nicht zum Vorteil dienen könne. Zur Begründung wurde angeführt, daß noch keine Frau in Schweden die für einen Inspektor notwendigen technischen Kenntnisse angeeignet habe und noch weniger die für einen Inspektor ebenso notwendige praktische Erfahrung in technischen Betrieben. Was die Aussicht über die Beschäftigung von Minder- jährigen und Frauen mit industriellen Arbeiten anbelange, habe die Erfahrung gelehrt, daß diese Aussicht ein Polizeizeugnis sei, welches Kraft und Wachsamkeit bei den Inspektoren voraussetze, um die Arbeitgeber zu ver- anlassen, das Gesetz zu respektieren. Die Konferenz hat sich dann in einer Resolution dahin geäußert, daß kein Bedürfnis für die Anstellung besonderer weiblicher Fabrik- inspektoren mit einer ebenso umfassenden Wirksamkeit wie die jetzigen Inspektoren vorliege, daß aber die weibliche Arbeitskraft doch wohl vorteilhaft verwendet werden könne, wenn es sich um das Herbei- schaffen statistischen Materials zur Untersuchung der allgemeinen Wirkung industrieller Arbeit auf die damit beschäftigten Minderjährigen und Frauen handle, und diese Erhebungen könnten wohl am besten neben oder im Zusammenhang mit den jetzt vor sich gehenden statistischen Unter- suchungen in gewissen industriellen Betrieben vorgenommen werden. Diese Art der Beschäftigung von Frauen sei in allen Industriezweigen, wo weibliche Arbeitskraft an- gewendet werde, notwendig; vor allem aber in folgenden: Textilindustrie, Färbereiindustrie, Bekleidungsindustrie, Tabak- und Zigarrenindustrie, Buchbinder- und Kartomagen- industrie, Schokoladen- und Zuckerindustrie, sowie in der Porzellan- industrie.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Mechaniker! Die im heutigen Infortentell zu morgen, Donnerstag im Gewerkschaftshaus angezeigte Mechaniker- Versammlung fällt zu Gunsten der an diesem Abend stattfindenden Protestveranstaltungen aus.

Zum Dreherstreik bei Vorfis. Die Firma Vorfis hat mehreren bürgerlichen Blättern eine Zuschrift übermittelt, in der unter andern Umständen sich auch die befindet, daß die Dreher 55 Pf. Stundenlohn im Durchschnitt verdienen. Wenn dieses zu- träfe, dann wäre es doch die größte Thorheit, um einen Stunden- lohn von 60 Pf. zu erreichen, die Arbeit niederzuliegen. Da die Firma durch mehrere Zeitungen in Deutschland Dreher sucht, bitten wir alle arbeiterfreundlichen Blätter, bekannt zu geben, daß sich die Dreher der Firma Vorfis in Zegel bei Berlin im Aufstand befinden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter - Ausperrung. Aus Hannover wird und telegraphiert: Sämtliche Arbeiter der Metallwaren-Fabrik von Steinfeld u. Blasberg sind ausgesperrt.

Der Steinbildhauer-Streik in Dresden hat nach 14tägiger Dauer den Ausständigen einen vollen Erfolg gebracht. Am Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Es handelte sich bei diesem Streik im wesentlichen um die Einführung der Lohn- arbeit, wobei die bisher üblichen Lohnsätze zu Grunde gelegt werden sollen, wobei ein Tagelohn von wenigstens 7 M. vorgezogen ist.

Der Maurerstreik in Köln ist — wie uns geschrieben wird — beendet. Er dauerte vier Wochen. Zu den neuen Bedingungen

arbeiten 800 Maurer, das sind 80 Prozent der vor dem Streik Be- schäftigten. Die Zahl der Streikenden hat sich soweit verringert, daß sich die Aufhebung des Ausstandes empfiehlt. Die Kölner Maurer sind mit dem Ergebnis des Streiks zufrieden.

Die Tischler in Bochum sind in eine Bewegung für Erziehung des Jehnstundentages eingetreten. Die Mitglieder des Holzarbeiter- Verbandes und der christlichen Organisation gehen gemeinsam vor. Zugang ist fernzuhalten.

Streikjustiz. In Stuttgart fanden wieder drei Verurteilungen wegen geltender Ausschreitungen gegen Streikbrecher statt. Ein Maurer, der während des Baumtransandes gegenüber einem Arbeits- willigen eine vom Gericht als Drohung aufgefaßte Bemerkung gemacht hatte, erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. — Während des Straßendemonstrierens hatte ein Kaufmann einen arbeits- willigen Schaffner einen leichten Schlag mit einem Spazierstöckchen verleiht. Dafür erhielt er eine Woche Gefängnis. — Ein Tischler, der einem arbeitswilligen Wagenführer ein „Pflui“ zurief, muß diese Standgebung der Enttäuschung mit einer Gefängnisstrafe von drei Tagen büßen. — Man verfährt in Stuttgart sehr gründlich bei der Wiederherstellung der Ehre der Arbeitswilligen.

In Guben fand am Sonntag die Gewerbegerichts-Wahl statt. Die vom Gewerkschaftsartikel aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten erhielten 800 Stimmen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine in Oberschlesien. Vor einigen Wochen ging durch bürgerliche Blätter Oberschlesiens die Nachricht, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, die bekannt- lich bei jeder Gelegenheit ihren unpolitischen Charakter betonen, Versammlungen in Oberschlesien abhalten wollten, um den Lehren der Socialdemokratie entgegenzutreten. Allen politischen Parteien sollte Gelegenheit zu freier Aus- sprache gegeben werden. Jetzt berichten bürgerliche Blätter, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine ein ober-schlesisches Arbeiter-Sekretariat in Katowitz oder Beuthen er- richten wollen. Wie der „Oberschlesische Anzeiger“ ausspan- dert, soll das Hirsch-Dundersche Arbeiter-Sekretariat ein „Gegen- gewicht gegen ähnliche socialdemokratische (?) Institutionen“ sein. Ferner weiß der „Oberschlesische Anzeiger“ zu berichten, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine bei den bevorstehenden Wahlen gegen die Socialdemokratie Stellung nehmen und die bürgerlichen Parteien nach Möglichkeit unterstützen wollen. Da die liberalen Parteien in Oberschlesien bei den Wahlen kaum in Frage kommen, so kann es sich nur um die Unterstützung der Parteien des Zoll- wuchers und der Brotvertenerung handeln.

So betätigen die Hirsch-Dunderschen ihren „unpolitischen“ Charakter und so vertreten sie die Arbeiterinteressen.

Ausland.

Ueber einen Landarbeiterstreik in Italien berichtet B. T. V. aus Foggia, 9. September: Gestern abend traten in Candela 400 Landarbeiter infolge von Lohnstreikigkeiten in den Ausstand und besetzten die Ausgänge des Ortes, um andere, arbeitswillige Leute zu hindern, sich auf die Güter zu begeben. Die Ge- warden versuchten, die Ausständigen zu überreden, die Freiheit der Arbeit zu achten; aber die Ausständigen griffen einen Gendarmere- Wachtmeister an und verwundeten ihn schwer durch Stockschläge. Als Militär ankam, wurde es mit Steinwürfen empfangen, wodurch mehrere Soldaten verletzt wurden. Dem Gendarmere-Wachtmeister und einem Gendarm wurden die Gewehre entzogen. Das Militär sah sich genötigt, Feuer zu geben, wodurch 5 Mann erschossen und 10 verwundet wurden. Es sind sofort noch mehr Truppen und 150 Mann Gendarmere nach Candela entsandt worden. Die Ordnung ist jetzt vollkommen wiederhergestellt. Die Justiz- behörden haben die Verfolgung eingeleitet. Die Angreifer des Gendarmere-Wachtmeisters sind verhaftet.

Der Textilarbeiter-Ausstand von Como hat sich über 36 Dörfer der Umgegend ausgedehnt; gegen 18 000 Personen sind daran beteiligt. In und um Como hat die Textilindustrie von altersher eine starke Ausbreitung gehabt. Die ehemalige Hand- weberei ist abgelöst durch die mechanische, wodurch die Weber in vollständige Abhängigkeit vom Fabrikanten gekommen sind. Für eine 12-14stündige Arbeitszeit werden Löhne von 2,50 fr. im Maximum bezahlt; Frauen erhalten vielfach nur 60 Centimes pro Tag.

Versammlungen.

Im Arbeitervertreter-Verein, der am 4. d. Mts. im Ge- werkschaftshaus tagte, gab Ludwig einen Bericht über die Tätigkeit der Berliner Rettungsgesellschaft. Im Oktober 1897 sei die Gesellschaft ins Leben getreten. Jetzt wurde eine Centrale eingerichtet mit dem Anschluß an 8 Krankenhäuser. Sie steht jetzt mit fast sämtlichen Krankenanstalten in Berlin sowie in Weig und Lichterfelde in Ver- bindung. Der Betrieb besteht aus der Centrale, den Krankenhäusern und Rettungswochen und wurden in diesen 40 000 Fälle vermittelt.

Die Stadt Berlin hat im ersten Jahr 8000, im zweiten 16 000, im dritten 20 000 und im vierten 30 000 M. Zuschuß gezahlt.

Die Gesellschaft hat einen schweren Kampf mit den Unfall- stationen, welcher noch nicht ganz beendet ist, jedoch habe kürzlich eine Konferenz stattgefunden, danach sollen keine neuen Stationen mehr eingerichtet werden ohne gegenseitige Vereinbarung.

In der Diskussion wurde betont, daß sich die Situation der Rettungsgesellschaft in der letzten Zeit gebessert habe und das Ver- trauen der Arbeiter geboben sei dadurch, daß bestimmte Normen und feste Sätze für die Bezahlung eingeführt worden sind.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Wien, 9. September. (B. T. V.) Ein kaiserliches Patent ver- fügt die Auflösung der Landtage von Nieder-Oesterreich, Ober- Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Wäran, Schiefen und Vorarlberg und bestimmt die Einleitung der Neuwahlen.

Paris, 9. September. (B. T. V.) Gleichzeitig mit dem Erb- beben in Pau werden auch aus St. Sebastian und Sara- gossa Erdstöße gemeldet.

Paris, 9. September. (B. T. V.) Der Ministerrat beschloß, den Oberlieutenant de Saint-Rémy zur Dis- position zu stellen.

Der Finanzminister Rouvier teilte dem Ministerrate den Staats- anrechnung mit. Es bleiben noch mehrere Punkte zu regeln, über die man sich nicht geeinigt hat. Rouvier wird Veränderungen der Be- steuerung der Branntweinbrennereien und der Tabaksteuer in den Grenzgebieten vorschlagen.

Paris, 9. September. (B. T. V.) Nach einem Telegramm aus Fort de France vom 6. d. Mts. an den Marineminister hat der Gouverneur angeordnet, den nördlichen Teil der Insel zu räumen und die Flüchtigen in Säden anzusiedeln. Man fährt fort, in Morne Rouge und Ajoupa- Bouillon die Leichen zu verbrennen. Es hat sich aus den Er- hebungen ergeben, daß nur diejenigen Menschen, die sich in den Straßen oder in offenen Häusern befanden, verletzt werden können und auch verletzt worden sind.

London, 9. September. (B. T. V.) Der Tunnel der Londoner Western-Bahn ist eingestürzt; sieben Arbeiter sind verhaftet, von denen nur einer gerettet ist. Die Arbeiter des neuen Tunnels waren einige Stunden vorher von einem Ausschub von Ingenieuren gestürzt und für gut befunden worden.

Neapel, 9. September. (B. T. V.) Vincenzo Guerriero, der am 25. Mai d. J. zwei Steine gegen den königlichen Eisenbahn- zug warf, ist heute zu 6 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und 800 Lire Geldstrafe verurteilt worden.

New York, 9. September. (B. T. V.) Der hiesige venezolanische General Konjunt erhielt folgende Depesche ohne Datum: Präsident Castro hat heute die Ausständigen, die unter den Generalen Luciano Mendoza und Miera standen, in einem erbitterten Kampfe bei Tinoquillo vollständig geschlagen.

Sociales.

Auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach sollte Genosse Peus nach dem uns und andern Blättern zugegangenen Bericht gesagt haben:

Wir haben den Mut zu sagen: das Genossenschaftswesen hat zum Ziel, den gewerkschaftlichen Mittelstand zu vernichten.

Wir äußerten gleich zum Bericht unsre Zweifel, ob die Meinung richtig wiedergegeben sei. Inzwischen ist ja durch das gestern von uns veröffentlichte Manifest der ausgesprochenen authentisch festgestellt worden, welche Anschauungen diese über das Verhältnis der Konsumvereine zum Kleinhandel vertreten: Sie wollen freie Bahn für die Entwicklung der Konsumvereine im Interesse der Konsumenten; sie machen nur den demagogischen Humbug nicht mit, den Kleingewerbetreibenden vorzubringen, daß die Konsumgenossenschaften deren Interessen dienen sollen.

Man stellt auch Peus in dem von ihm redigierten „Volksblatt“ für Anhalt fest, daß er in Wirklichkeit nur gesagt hat:

Wir haben den Mut, das Genossenschaftswesen auch dann zu entwickeln, wenn selbst es Mittelstandsbegriffen vernichtet.

Die Löhne der preussischen Bergarbeiter sind im 2. Quartal dieses Jahres noch weiter gefallen. Sie betragen pro Schicht (fürs 1. Quartal in Klammern): Oberschlesien 2,05 (2,08), Niederschlesien 2,09 (2,17), Ober-Bergamtsbezirk Dortmund 3,78 (3,88), Saarbrücken 3,50 (3,59), Aachen 3,08 (3,12), Ober-Bergamtsbezirk Halle 2,96 resp. 3,55 (2,87 resp. 3,65), Mansfeld 2,88 (2,93), Oberharz 2,25 (2,28), Siegen-Raiffeau 2,83 (2,95).

Die Grobkonsum-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hielt am Sonntag in Halle eine außerordentliche Generalversammlung ab. Anlaß dazu war die Kündigung des ersten Geschäftsführers Georg Zell. Dieser begründet seine Kündigung damit, daß er wo anders (in einer Hamburger Margarinefabrik) seine Arbeitskraft besser verwerten könne, wie bei der Gesellschaft. Die Generalversammlung wählte, um für die abgehende Arbeitskraft Zell Ersatz zu haben, Herrn Heinrich Lorenz, früher in Chemnitz, als dritten Geschäftsführer. Im Zusammenhang damit wurde für die Geschäftsführer, die bisher zum Teil auf Zantime angewiesen waren, eine Gehaltsregelung vorgenommen. Sie sollen nur noch festes Gehalt bekommen, das von der Generalversammlung auf mindestens 6000 und höchstens 10 000 M. begrenzt wurde. Innerhalb dieser Grenzen hat der Aufsichtsrat das individuelle Gehalt festzusetzen.

Der Reingewinn wird jetzt so verteilt, daß davon erst 5 Proz. Kapitaldividende auf die Stammeinlagen gezahlt werden, vom Rest 5 Proz. zum Reservefonds, 20 Proz. zum Dispositionsfonds und 75 Proz. zur Verteilung als Umschlagdividende.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Gegen Fleischwucher und Grenzperre

Die Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend morgen, Donnerstag, abend in 17 Volkshausmüllungen protestieren. Das agrarfreundliche Kabinett der Regierung hat eines der unentbehrlichsten Nahrungsmittel maßlos verteuert, so daß das Fleisch, das früher schon nur im beschränkten Sinne ein Volksnahrungsmittel war, heutzutage selbst nach dem Zeugnis der Fleischmeister für weite Volksschichten ein unerschwingliches Gemütsmittel geworden ist. Der Arbeiterschaft, die bei ihren jämmerlichen Einkommensverhältnissen am meisten unter der immer zunehmenden Fleischteuerung zu leiden hat, erwächst die Pflicht, sich in einmütigen Protest gegen eine das Volkwohl schädigende Maßnahme zu erheben und dadurch das Vorgehen der kommunalen Körperschaften zu unterstützen.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen, agitiert daher für einen zahlreichen Besuch der im gestrigen Inseratenteil verzeichneten Versammlungen!

In Nixdorf spricht in der Wahlvereins-Versammlung am heutigen Mittwochsabend Stadtverordneter Dr. Silberstein über das Thema: „Der Alkohol und die Arbeiter“. — Die Protestversammlung gegen den Fleischwucher findet morgen, Donnerstag, bei Gröpler, Bergstr. 147, statt. Näheres siehe gemeinschaftliches Inserat.

Weihenfee. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, die aus der Bibliothek entlehnten Bücher am Sonnabend zurückzuliefern; andre Bücher werden erst am Sonnabend, den 27. d. Mts., ausgegeben, da eine Umänderung der Bibliothek stattfindet.

Lokales.

Die Bestattung Virchows.

Am Dienstagsmorgen ist Rudolf Virchow vom Rathaus aus zu Grabe geleitet worden.

Die Totenfeier, die die Stadt Berlin ihrem Ehrenbürger veranstaltete, hatte den ernst geschmückten Festsaal des Rathauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor dem mit Kränzen bedeckten Sarg saßen die Angehörigen des Verstorbenen, die greise Witwe, seine Söhne und Töchter, ferner die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung (auch Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion waren erschienen), Vertreter der Universität, der Akademie, Parlamentarier, Abgeordnete verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften, studentische Vereinigungen, politischer Vereine etc. Die Staatsregierung war unter anderm durch den Kultusminister vertreten.

Durch Gesang des Domchors wurde um 11 Uhr die Feier eröffnet. Vier Medner versuchten ein Bild von dem Lebenswerk Virchows zu entwerfen. Prediger Rimmhies predigte den „Kämpfer im Kampf gegen den Tod“, seine „raslose Arbeit im Dienste unbeständlicher Wissenschaft“, die „auch ein Gottesdienst“ gewesen sei, seinen „lebendigen Gemeinsum“, der ihn angetrieben habe, im Dienste der Gemeinde und auf politischem Gebiete sich zu betätigen. Den „Fürsten der Wissenschaft“ feierte Professor Waldeyer in kurzer, aber eindringlicher Ansprache, die in einen Scheidegruß an den persönlichen Freund ausklang. Es folgte eine pathetische Rede des Abgeordneten Träger, die der parlamentarischen Tätigkeit des freisinnigen Parteiführers Virchow galt. Als letzter kam Oberbürgermeister Rixner zu Worte, um „dem im unser Gemeinwesen ganz besonders verdienten Bürger“ zu huldigen, dem „Ehrenbürger im wahren Sinne des Wortes“, der der Entwicklung der öffentlichen Gesundheitspflege Berlins die Bahnen gewiesen. Gesang des Domchors schloß die Feier, dann wurde der Sarg von Magistratsbeamten hinausgetragen und vor dem Portal in der Königsstraße unter den Klängen eines Choralgesangs auf den Leichenwagen gehoben.

Um 1/2 12 Uhr setzte sich der Zug, ein Musikcorps an der Spitze, in Bewegung. Unmittelbar hinter dem Sarge schritten die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, unter ihnen der greise Vorkämpfer Langemann. In langer Reihe schlossen sich die Vereine mit ihren Fahnen an. Um 1/3 12 Uhr erst langte der Zug auf dem Friedhof an der Großenhofen-Strasse an. Unter Gesang wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Gebet des Geistlichen, Gesang und Vordröseln der Vereine am Grabe bildeten den Schluß der Feier.

Der Urlaub städtischer Arbeiter. Der Ausschuss für den Antrag Augustin und Genossen: „Den Arbeitern, welche länger als ein Jahr im Dienste der Stadt beschäftigt sind, abzüglich eines Urlaubs von einer Woche (7 Tage) unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren“, beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag zu empfehlen: Die Stadtverordneten-Versammlung erlaßt den Magistrat, bei Ausstellung des nächstjährigen Staats-Ansuhns zu erteilen darüber, welche Kosten für den Urlaub von einer Woche entstehen würden noch einjähriger bezw. drei-, bezw. fünf-, bezw. zehnjähriger Tätigkeit der Arbeiter im städtischen Dienst. Der sozialdemokratische Antrag, welcher von den Genossen Hingge und Glode vertreten wurde, wurde als zu weitgehend von allen Seiten, insbesondere von dem Magistratsvertreter bekämpft. Der Kostpunkt ist die Klippe, an der die Regelung der Urlaubsbewährung nach kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit zu scheitern droht.

Stadtbaurat Hobrecht ist Montagabend nach kurzem Leben in seiner Wohnung, Nordbad 21, gestorben. Hobrecht, der 1826 in Remel geboren wurde, kam 1861 als Stadtbaurat nach Stettin. Im Jahre 1869 siedelte er als Ing. Baurat nach Berlin über und leitete hier in der Zeit von 1875—1894 das schwierige Werk der Kanalisation, das von Wichow angeregt worden war. Von 1885—1897 war Hobrecht Stadtbaurat.

Wiederaufnahme der Schnellbahnfahrten. Die Studien-Gesellschaft für elektrische Schnellbahnen wird ihre Versuchsfahrten auf der Militärbahn zwischen Marienfelde und Jossen im Laufe dieses Monats wieder aufnehmen. Die letzten Monate sind von der Gesellschaft zur Herstellung und Beschaffung neuer Reisinstrumente benutzt worden. Ihr Bau ist besonders schwierig und zeitraubend, da sie für die völlig neue Aufgabe eigens konstruiert werden müssen. Die Versuchsfahrten, welche mit den beiden Schnellbahnen von Siemens u. Halske und der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft jetzt wieder aufgenommen werden sollen, werden sich auf Geschwindigkeiten von 120 bis 180 Kilometer in der Stunde beschränken. Es gilt hauptsächlich, an der Hand der Erfahrungen des vorigen Winter die Messungen zu vervollständigen. Der Eigenwiderstand der Fahrzeuge, der Widerstand der Luft, sowie der Verbrauch an Kraft soll aufs genaueste festgestellt werden. Auf Grund dieser Messungen soll ermittelt werden, was der elektrische Schnellbahnbetrieb an Kraft und Kosten erfordert. Man wird so ein Bild der Wirtschaftlichkeit des ganzen Unternehmens gewinnen. Ehe man zu höheren Geschwindigkeiten übergeht, soll besonders der Oberbau der Strecke, der nicht besonders stark ist, erneuert werden. Die Verhandlungen mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten über die Verlegung der stärkeren Schienen sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen.

Ferien für Staatsarbeiter? Die „Berliner Hg.“ meldet: Dieser Tage wurden, wie uns geschrieben wird, die Direktoren der königlichen Fabriken in Spandau zu einer Konferenz nach dem Kriegsministerium berufen; Gegenstand der Besprechung war der Gedanke, daß in Zukunft allen Arbeitern abzüglich eines Urlaubs gewährt werden soll, während dessen Dauer sie keinen Einkommensverlust erleiden. Nach dem Ergebnis der Konferenz ist anzunehmen, daß die Urlaubszeit auf 8 bis 14 Tage bemessen wird; der für diese Zeit zu gewöhnliche Verdienst soll nach dem Durchschnittslohn berechnet werden. Die Einführung dieses Urlaubs der Arbeiter wird voraussichtlich nach dem 1. April 1903 erfolgen, sobald die Mittel dazu in den Reichs-Militäretat eingestellt worden sind.

Vorkäufig ist wohl abzuwarten, ob diese Mär sich bewahrheiten. Die Einführung solcher Ferien wird unsere Scharmacher sehr äbel stimmen. Sie werden mit Recht anführen, daß dadurch andre Staatsarbeiter, so z. B. die unglücklichen Eisenbahnproletarier, begünstigt werden und daß es überhaupt vom Uebel sei, in einem Staatsbetrieb mit einer Erneuerung zu kommen, die bisher nur in sozialdemokratischen Zeitungsdruckereien allgemein eingeführt worden ist.

Die Schutzvorrichtung als Übungsinstrument. Durch die Rangvorrichtung eines Straßenbahnwagens hat der Klempner Karl Voel aus der Branitzstr. 14 den Tod gefunden. Wie bereits gemeldet worden, verunglückte er in der Stallgerstraße beim Ueberkreuzen des Bahndammes. Als der Motorwagen 1901 der Linie Zoologischer Garten-Treptow herangefahren kam, der Fahrer gab das Warnungssignal, trotzdem er wollte der Klempner noch vor dem Wagen das Geleis Kreuzen. Er schlug mit dem Kopf verunmütlich gegen das Rang-Schlaggitter an der Plattform und erlitt einen Schädelbruch. Da eine Periplatierung der Schädelkapsel eingetreten war, erwies sich leider jede ärztliche Hilfe als erfolglos und vorsehien ist Voel im Krankenhaus am Urban verstorben. An andren Orten, so in Plätschen, sollen die Schutzvorrichtungen vorzüglich funktionieren. Bei uns hört man immer noch nichts von Verbesserungen.

Der Bankier Erich v. Kriegshelm, der vor längerer Zeit eines Lungenleidens wegen vom Strafgefängnis in Wilmers nach der Charité gebracht wurde, ist gestern aus dem Krankenhaus entlassen worden, wird aber einweisen nicht in die Strafanstalt zurückkehren. Seines Leidens wegen ist die Strafverurteilung unterbrochen worden. v. Kriegshelm ist 35 Jahre alt.

Aus dem Flurfenster gestürzt ist Montagabend um 6 1/2 Uhr das 1 1/2 Jahre Töchterchen Rosalie des Schneidemehlers Eisert aus der Muldenstraße Nr. 13. Das Mädchen spielte mit einem älteren Bruder und anderen Kindern auf dem Hofe. Als es dann in die im dritten Stock des Seitenflügels gelegene Wohnung hinaufgehen wollte, blieb es an dem 1 1/2 Stock hoch gelegenen Flurfenster stehen, in dem schon lange eine Scheibe fehlte, lehnte sich durch die Öffnung hinaus, um dem Vender zuzurufen, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof hinab. Zum Glück fiel es mit dem Kopf auf beide Arme, so daß die Verletzungen, die es sich zuzog, nicht lebensgefährlich wurden.

Eine Diebesjagd fand in der vorgestrigen Nacht innerhalb des Häuserblocks Neue König, Gollnow- und Georgenkirchstraße statt. Ein Mieter des Hauses Gollnowstr. 40 bemerkte im dem Comptoir der Expeditionsfirma Jordan u. Berger, deren Grundstück Neue Königstr. 13a an das obengenannte anstößt, einen Diebstahl, und er machte auf diese auffällige Erscheinung eine Schutzmanns-Patrouille aufmerksam. Die Beamten begaben sich sofort nach dem Expeditionslokal, doch war ihre Umänderung wohl „gepfiffen“ worden, denn die Diebe — um solche handelte es sich — kletterten nach der Gollnowstr. 44. Da der erstgenannte Mieter dieses Hauses vor der Thür stand, so konnten die Eindringler von hier aus nicht die Straße erreichen, und sie schließlich verunmütlich auf den Boden, um über die Dächer der Nachbarhäuser hinweg zu entkommen. Inzwischen hatte einer der Beamten von der 18. Kolonnenwache Hilfe herbeigebracht, die Ausgänge der sämtlichen in Betracht kommenden Häuser des genannten Straßenblocks wurden besetzt und dann zu einer Durchsuchung der Grundstücke geschritten. Diese wurde so systematisch durchgeführt, daß die Diebe, falls ihre Flucht noch nicht gelungen, nach einem bestimmten Punkt, dem Expeditionslokal, gedrängt wurden. Die Razzia war zunächst ohne Erfolg; als man jedoch schließlich das Comptoir betrat, aus dem die Eindringler vorher vertrieben worden waren, wurde dort einer von ihnen, der sich in einer Ecke zusammengekauert, entdeckt, dagegen waren seine Genossen entkommen. Der Verhaftete, ein 19jähriger Arbeiterburche, ist bisher noch unbestraft und allem Anschein nach noch vollständig „grün“. Er wurde bei seiner ersten Arbeit festgenommen.

Der Turnverein „Nichte“ hat in der Turnhalle der Gemeinde-Schule Petersburgerstr. 4 eine Yehlings-Abteilung eröffnet, welche Mittwochs und Sonnabends von 8—10 Uhr turnt.

Den Tod im Wasser suchte Montagmorgens der 35 Jahre alte frühere Artist Karl Herz aus der Volzstr. 51. Herz war früher acht Jahre lang Langkometer und bereifte mit Gesellschaften namentlich die Rheinlande. Infolge seiner Trunksucht, die auch seine Frau vor 1 1/2 Jahren veranlaßte, sich von ihm zu trennen, kam er immer mehr herunter. Als er mittellos und verwaistlos in Berlin anlangte, nahm sich der Schlächtermeister Fischer aus der Volzstr. 51 aus Barmherzigkeit seiner an und beschäftigte ihn als Hausdiener. Da Herz sich aber trotz wiederholter Mahnungen nicht besserte, so wurde er am Sonnabend entlassen. Nun trieb er sich in der Stadt umher und stürzte sich schließlich am Montagmorgens von der Weiden-dammer Brücke in die Spree. Er wurde gerettet und in ein Krankenhaus gebracht.

Jungen gesucht. Die Personen, welche am Sonnabend, den 26. April 1902, abends zwischen 6—7 Uhr, gesehen haben, wie ein Mann in der Friedenstraße gegenüber den Häusern 22—24 von einem Schuhmann zur Wache geführt wurde, werden gebeten, ihre Adressen bei G. Reinfisch, Löwestr. 9, abzugeben.

Feuerbericht. Feuer in der alten Dragonerkaserne, in der Alexandrinenstraße 13, verursachte Dienstagmorgens gegen 2 Uhr die Alarmierung von fast einem Duzend Löschzügen. Das Feuer war auf noch nicht ermittelte Weise im Dachstuhl des linken Seitenflügels ausgebrochen und hatte schnell um sich gegriffen. Die in den Herdefässen des Erdgeschosses liegenden Herde wurden schleunigst in Sicherheit gebracht. Die Feuerwehrengung sofort mit fünf Dampfhydranten von der Alexandrinenstraße aus vor. Die in der Wasserhorststraße aufgestellten Dampfhydranten brachten indes nicht in Tätigkeit zu treten, da der Brand bald erlosch wurde. Immerhin wurde die Wehre aber noch lange Zeit am Brandherde festgehalten, weil die Heu- und Strohmassen, die vom Brande ergriffen waren, auseinander gerissen werden mußten. Ein Teil des Dachstuhles und der Futtervorräte wurde eingestürzt. — Montagmorgens 3 Uhr wurde die Wehre nach dem Milchkamm gerufen, wo ein Mann unter einem elektrischen Straßenbahnwagen geraten war. Die Wehre befreite den Unglücklichen bald aus seiner schlimmen Lage. Kurz darauf gingen in der Steinmehlsstraße 34 Gardinen und Wäsche in einer Wohnung in Flammen auf, die jedoch bald erlosch werden konnten. Einen Schornsteinbrand hatte die Wehre ferner in der Stutfürkenstraße 169 zu besichtigen. Möbel, Kleidungsstücke etc. hatten eine Stunde später in der Neuen Königstraße 38 in einer Wohnung Feuer gefangen, dessen Abblöschung aber auch bald erfolgen konnte. Außerdem hatte die Wehre noch in der Großen Frankfurterstraße in einer Wäsche ein Feuer abzulöschen, das den Fußboden und die Ballenlage ergriffen hatte.

Treptow-Sternwarte. Der neue Komet bietet im Treptower Observatorium einen interessanten Anblick dar. Er wird am 27. Beobachtungsboden, Mittwoch, den 10. September, den Mitgliedern des „Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte“ durch den Astronomen Albin Endlich von den Beobachtern der Treptow-Sternwarte gezeigt werden. Er hat bereits einen kurzen Schwanz und wird noch immer kleiner. Direktor Endlich wird Mittwochabend 8 1/2 Uhr über die Ausgrabung des Bestandes der alten Sternwarte Tsch. Straß, der Uranienburg, und über interessante astronomische Funde, die er gelegentlich der Expedition der Treptow-Sternwarte nach der Insel Hven gemacht und dem „Astronomischen Museum“ überwiesen hat.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung und die Fleischsteuerung. Folgender Dringlichkeitsantrag wurde in der Sitzung am Montag ohne Debatte einstimmig angenommen, nachdem ein von unsren Genossen gestellter kurz gefasster Antrag, der nur direkt an den Bundesrat gerichtet werden sollte, nicht die Mehrheit gefunden hatte: „In Erwägung, daß die zeitigen ungewöhnlich hohen Fleischpreise die vitalsten Interessen unserer gesamten Bürgerchaft berühren, den Armenstand in erheblicher Weise belasten und insbesondere eine ausreichende Ernährung der Arbeiter und des Mittelstandes verhindern, und in fernerer Erwägung, daß nach Lage des Viehmarktes und der tatsächlichen Verhältnisse eine weitere Steigerung der Fleischpreise zu erwarten steht, richtet die Stadtverordneten-Versammlung an den Magistrat das Ersuchen, bei der künftigen Staatsberatung dahin vorstellig zu werden, daß die Fleischnot durch entsprechende Maßnahmen beseitigt und in allererster Linie die Grenzperre für die Einfuhrung lebenden Viehes so schnell wie möglich aufgehoben wird.“

Die Versammlung beschloß sich sodann noch mit einer Petition wegen Unterführung der Magistraße. Da diese Straße in ihrer Verlängerung die Verbindung mit dem Südgelände herstellen soll, wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Eisenbahn-Direktion sofort in Verhandlung zu treten. — Nach einer Mitteilung des Magistrats soll dieses oder nächstes Jahr die Regulierung und Neupflasterung verschiedener Straßen vorgenommen werden. Bezüglich der Hauptstraße zwischen der Gramowal- und Klagenstraße soll nach einem vorliegenden Projekt der Bahndamm von 13 auf 15 Meter verbreitert werden; auf beiden Seiten sollen je 7 Meter breite Bürgersteige und je 3,6 Meter breite Rasenstreifen mit je einer Baumreihe angelegt werden. Die Kosten hierfür will man aus der Anleihe decken. Zur Begründung des Projekts meinte der Oberbürgermeister, die Hauptstraße eines Ortes diene zur Bekanntheit ohne Rücksicht auf die wirkliche Notwendigkeit. — Also andre Straßen können vernachlässigt werden, was denn auch Genosse Ost geahrig feststellte. Jedenfalls ist eine baldige Asphaltierung der Kyffhäuserstraße im Interesse der dortigen Gemeindefürsorge, deren Klassenzimmer direkt an der Straße belegen sind, dringend nötig. Die endliche Besserung des gefährlichen Zustandes der Sedanastraße dürfte indes noch lange auf sich warten lassen, da die rentenlose Besitzer des von ihren Grundstücken zur Straße fallende Gelände nicht abtreten wollen. Natürlich haben die Anwohner, die zum allergrößten Teile aus Arbeitern bestehen, darunter ganz besonders zu leiden. Die ganze Angelegenheit wurde denn auch einem Ausschuss überwiesen.

Spanbau. Die Entfestigungsfrage scheint ihrer endgültigen Lösung nun doch endlich nahergerückt zu sein, weitgehend lassen äußere Anzeichen darauf schließen. So hat sich die Kommandantur resp. die Heeresverwaltung neuerdings damit einverstanden erklärt, daß die „Streitbrücke“ (Bühnengebäude) beseitigt und der Festungsgraben an jener Stelle zugeschüttet werde. Dadurch wird die direkte Verbindung der inneren Stadt mit Halensee, wo ein neues Stadtwertel im Entstehen begriffen ist, geschaffen werden. Ebenso soll das Charlottenburg-Kriegsthor und die Brücke über den Schlangengraben beseitigt und letzterer in gleicher Weise zugeschüttet werden. Lange genug sind die Festungsthorre etc. ein Versteckhemmnis gewesen. Wenn diese nun schleunigst beseitigt werden, so macht die Heeresverwaltung gegen die Stadt Spanbau das zu einem geringen Teil wieder gut, was dieser durch mehr als ein Jahrhundert an opfervollen Kosten aufgezogen worden ist. Vielleicht kommt dann auch der Eisenbahnminister endlich zu der Erkenntnis, daß die handlichen Eisenbahnzustände Spanbaus, die lebensgefährlichen Eisenbahnübergänge in der Klosterstraße etc., ebenfalls endlich beseitigt werden müssen.

In Mariendorf hat in der Nacht zu gestern der Schlosser Heinrich Haberecht einen Selbstmordversuch verübt, als er bei einem Diebstahl abgefaßt wurde. Der Mann wollte auf dem Schuldenlocher Grundstück im Orte einen Einbruch ausführen. Die That wurde jedoch entdeckt und Haberecht sollte einem Gendarm übergeben werden. In diesem Augenblick brachte der Einbrecher sich einen gefährlichen Schnitt in den Hals bei; er wurde in ebenlichem Zustande in ein Krankenhaus gebracht. Haberecht ist der misgelaute Sohn achtbarer Eltern und hat früher schon durch ehrenrührige Handlungen Argernis erregt. So leistete er bei dem letzten Streif

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 48. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schander: Das I.S. — Der Parteitag in München. Von A. Bebel. — Die neue Methode. Von Karl Liebknecht. — Zur Frage der Arbeiterversicherung. Von Hermann Krollenbush. — Der Parteitag in Brüssel. Von A. Winter. — Literarische Rundschau: Dr. Paul Wandert. Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter. Von Paul Fische. Dr. Ernst Schulze. Wie wir unsere großen Dichter ehren sollten? — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungsdirektion der Postanstalt ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 1389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Diez Verlag) ist und soeben die Nr. 10 des 12. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zum Parteitag der Sozialdemokratie in München. — Einige Bemerkungen zur Frage der Arbeiterversicherung. Von H. Krollenbush. — Textilarbeiterinnen-Gesund in Freiburg i. Br. Von Louise Diez. — Die Frauenbewegung in Italien. Von Dr. Robert Michels. — Aus der Bewegung. — Heftlein: Gedichte von Otto Krille. — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Genossenschaftsbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eintragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 19 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Da die letzte Nummer vor dem sozialdemokratischen Parteitag ist, so sind eine Anzahl Beiträge demselben gewidmet. Das Titelbild zeigt den bayerischen König in höchst feierlicher Stimmung; in dem zum Bild gehörigen Gedicht „Die rote Woche in München“ giebt er seinen wahren Gemüthsstand unverhüllt kund. „Zum Parteitag“ betrifft das soeben im Gedicht, das noch aus der Feder Max Regels herrührt. Schließlich unternehmen es noch der „Wegweiser a. D.“ und nunmehriger Hansbeher Wegweiser in München, in einer Stammtischrede über den Parteitag seine Meinung zu sagen.

Die Nummer enthält außerdem die Widmung eines Porträts Theodor Meyners nach Natur für denselben. Ferner ist das Gemälde des Stuttgarter Malers F. Zundel „Alter Mann“ in autotypischer Reproduktion wiedergegeben.

Sodann haben wir das farbige Bild „Im Stalle des Edlen von und zu Reich“, und die Illustrationen „Das letzte Aufgebot“, „Des Centrum's Feigenblatt“, „Auf der Düsselbacher Audienz“, „Zum Kulturkampf in Frankreich“, „Während der Vorbereitungen gegen Attentatsversuche“, „Der Schatz der Sennerin“, „Wohlfühligkeit“, „Der gefundene Embryo“, „Auch eine Ruine“, und „Der kleine Brodbeck“ hervor. Der textliche Teil bringt noch die Gedichte „Deutsche Kunst“ von Erich Blüthgen, „Der gute Kamerad“, „Soll und Kunst“ von Robert Seibel, „Ein getretener Baum“, „Bayrische Minierskizzen“ und außer einer Reihe kleinerer satirischer Prosastücke noch das Heftlein „Aus der Bremerer 1902“.

Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

P. 2. 40. Wenden Sie sich an den Centralverband der Handels- und Transportarbeiter, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Dort erhalten Sie die gewünschte Auskunft.

P. 2. 56. Sie müssen annehmen gegen den Konfuziusverwalter auf Anerkennung Ihrer Forderung klagen. — R. K. Mosbit. Die Unterhägung wird von der Gemeinde, in der der Unterhäger wohnt, bezahlet. Verzieht der Unterhäger, so hat also die Gemeinde des neuen Wohnorts alle Unterhägung oder Nicht-Unterhägung zu bezahlen, in diesem Falle also Schöneberg. — Konkrete. Ist nachweislich die Abrede getroffen, daß in dem Hause einem ähnlichen Geschäft nicht vermietet werden soll, so können Sie auf Einweisung des neuen Mieters und auf Entschädigung klagen. Die Klage ist gegen den alten und den neuen Wirt nach richtiger Aufforderung, Ihre Forderung zu erfüllen, zu richten. — W. 23. 1. und 2. Rein 3. Ja. — G. 2. 11. 1. und 2. Rein. — C. 2. 10. Die Verweisung hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — R. 2. 21. 1. Sie können lediglich beim Amtsgericht klagen, auch pfändbare Gegenstände zurückhalten. 2. Rein. — Schweben. Die Vorschriften sind an jedem Ort verschieden. Erkundigen Sie sich auf dem dortigen Polizeiamt. — Walter. Sie können beim Amtsgericht auf Herausgabe des Schlüssel klagen. Der Betreffende würde übrigens durch Benutzung des Schlüssel sich des Hausfriedensbruches schuldig machen. — 1000. Dresdenverträge. 1. Ja. 2. Ja. — G. 2. 7. Sie sind seit dem 1. Januar 1902 kraft Gesetzes Mitglied der Krankenkasse und haben an diese zu zahlen. Die Länger als 14 Tage rück-

hängigen Beiträge haben nicht Sie, sondern der Eheg zu zahlen. Zahlen Sie nicht, so sind Sie trotzdem Mitglied der Kasse; der Arbeitgeber darf nicht für mehr als für 2 Lohnzahlungsperioden Abzüge an Ihrem Lohn machen. — Wag. 2. Die Staatsanwaltschaft ist auf Antrag berechtigt, nach dem Urheber der Karte zu forschen. — R. 19. 19. Erklären Sie den Anwalt, der in G. die Sache früher geführt hat, um Übermittlung eines vollstreckbaren Erkenntnisses. Eventuell richten Sie einen solchen Antrag an das Amtsgericht in G. — W. 2. 1. 2. 73. Ja. — H. 2. 100. 1. In der Regel: nein. 2. Sie erhalten gegen Zahlung der Gebühren die Urkunde über die Klage, daß solche nicht vorhanden ist. — Jägermann. 1. Ja. 2. Und nicht bekannt. 3. Die sozialpolitischen Verbände entscheiden. Regel ist: rechts auszuweichen. 4. Rein. — Wilhelm 2. Rein. — U. 2. 2. Stundgeld haben Sie nicht zu bezahlen. Die Aufbewahrung hätten Sie ablehnen können. — W. 27. Ein gelegentliches Gebraucht wird außer der Ehe geborenen Kinde seit dem 1. Januar 1900 nicht zu. — 41. Die gleiche Bemerkung wie für Körperverletzung. — Vohl. Die Empfangszeit für ein am 2. Mai geborenes Kind fällt in die Zeit vom 4. Juli bis 2. November. Können Sie nicht beweisen, daß während dieser Zeit auch mit anderer Umgang verfahren ist, so sind Sie alimentationspflichtig. Als angemessene Alimente werden 20-30 M. monatlich erachtet. Soll eine Abfindung erfolgen, so ist zur Gültigkeit die Zustimmung des Vormunds und des Vormundschaftsgerichts erforderlich. Die Zustimmung der Mutter und Zahlung an die ist unerheblich, so daß eventuell nochmals gezahlt werden muß. Die Zahlung ob geboren ist, erfahren Sie durch Anfrage auf dem Standesamt. — J. 11001. Ja. —

Witterungsübersicht vom 9. September 1902, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. (Celsius), Stations, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. G. (Celsius). Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Dapruno, Petersburg, Ost, Nordsee, Paris.

Wetterprognose für Mittwoch, den 10. September 1902. Teilweise neblig, sonst ziemlich heiter und mild bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortlichkeit.

Theater.

- Mittwoch, den 10. Septbr. Cyrenhaus. Die Eugenotten. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Cyren-Theater (Stroß). Daphnis in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. So leben wir. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Al-Helldenberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Weihen. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr. Residenz. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu.) Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Drei Paar Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. O. (Wallner-Theater). Morituri. (Tesa, Fritzchen, Das Ewig-Männliche) Anfang 8 Uhr. Schiller. N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater). Die Hottensburger. Anfang 8 Uhr. Carl Welt. Eine Paria. Anfang 8 Uhr. Luise. Die Dame von Lyon. Anfang 8 Uhr. Casino. Ertliche Arbeit. Anfang 8 Uhr. Kleines. Rosenmahl. Familien-Idyll. Kerkelsträume. Anfang 8 Uhr. Apollo. Pythia. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Bunte Theater. Susanna im Bade. Anfang 8 Uhr. Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr. Wilhelm. Ein toller Esfall. Anfang 8 Uhr. Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Hofe Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Wahn. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Tausend Jahre deutscher Kultur. Anfang 8 Uhr. Thalia-Theater. Drauflos. Anfang 8 Uhr. Er und seine Schwester. Anfang 8 Uhr. Corda. W. F. F. Helmerding. Anfang 8 Uhr. Carl Wiss-Theater. Große Festschau. Anfang 8 Uhr. Eine Paria. Anfang 8 Uhr. Wilhelm-Theater. Ein toller Esfall. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Ein toller Esfall. Anfang 8 Uhr. Kleines Theater. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 Uhr.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur.

CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Die sensationellen lebenden Bilder. Kirchner Original-Schrammeln.

Passage-Theater. Auf das glänzendste renoviert. Anfang unter den Linden 22. Anfang 8 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Liane d'Amiroff. Hohe Schule, geritten auf einer Plattform. Savely Gore, der neue russische Tenor. — Hella Collier, beste deutsche Soubrette. — Ludwig Teilhelm, der famose Couplet-Sänger. 14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M. ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater. Um 8 Uhr: Die neuen vorzüglichen Spezialitäten: 3 Satours — Wilson-Troupe.

The 6 Sennets. in ihrer Pantomime: Scene vor dem Affenhaus im Zoologischen Garten. Elliott x Savonnas. Lebende Photographien. Um 9 Uhr: Lysistrata. Operette in 2 Akten von Paul Lincke. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Buntes Theater. („Ueberbrett!“) Rosenstraße 68. Anfang 8 Uhr. 1. Susanna im Bade. Schauspiel von Hugo Salas. 2. Sunter Teil unter Leitung von Oscar Strauss. Tiny Sanders o. G. Sozeta Bradsley, Bokken Lasson, Marcell Salzer. Parfüm 3 M.

Kleines Theater. (Schell und Rauch) Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Serenissimus-Zwischenspiele. Malennacht. — Familienidyll. Liebesträume.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) Mittwochabend 8 Uhr: Morituri. (Tesa, Fritzchen, Das Ewig-Männliche) von Hermann Sudermann. Donnerstagabend 8 Uhr: Morituri. Freitagabend 8 Uhr: Zum erkeimmal: Doktor Klaus.

Luisen-Theater. Reichbergstraße 34. Drei Minuten vom Kottbuscher Thor. Abends 8 Uhr: Zum viertenmal: Die Dame von Lyon. Schauspiel in 5 Akten von Victor Hugo. Vorverkauf 10-2 Uhr Theaterkasse, Invaliden- und Kämpferhaus, Unter den Linden 24 u. 14. Morgen: Maria Stuart. Freitag zum fünftenmal: Die Dame von Lyon.

Casino-Theater. Vöhringstraße 37. Täglich 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Links: „Das Tanz u. sing. Europa“. Jersey: Die Baralkow etc. Dazu bei großem jubelnden Erfolg: Chrliche Arbeit. Entree 30, Parz. 50, Pant. r. bis 2 Pf.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 10. Die Jung u. d. Schwiegerjohn. Charakterbild mit Gesang in 3 Akten von G. Starck. Vorher: Die Grötante. Schwan in 1 Akt von Schmalow. Im Saal: Tanzkränzchen.

Fröbels Allerlei-Theater. fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Heute Mittwoch: Letzter grosser Elite-Abend. Benedetti u. Stewart. — Gebrüder Milano. — Charles Dunbar. — Tachtig u. Tachtig. — Hochberg. — Die 5 Orientsterne. — Flora-Truppe. Dazu Otto Waldemar mit vollständig neuen Schlägeren. Nur noch wenige Tage: Um 8 1/2 Uhr: Unser Goldjunge. Im Saal: Großer Ball. Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf. Schluss der Spielzeit: 15. September

Palast-Theater. früher Fean-Palast, Burgstr. 22. Glänzend neu umgebaut. Täglich Das Beste vom Besten. Täglich 9 Uhr: Präfte 9 Uhr: Frömmle Wänsche. Schwan in 3 Akten von 3. Hofen. Strah v. Strohberg: Dir. Rich. Winkler. Stillspezialitäten ersten Ranges. Lotte Mendt, beste deutsche Soubrette. Fritz Brandt, nur Original-Schläger. Les Premiers, Akrobat-Genossens. Terno-Truppe, Orientalen. Entree 30 Pf. Parfüm 50 Pf. renovierter Platz 75 Pf. nummerierter Platz 1 M. 2. Sperrplatz 1,50 M. Page 2 M. Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuscherstr. 4a. Station der Hochbahn. Täglich: Norddeutsche Sängers. Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Vorher: Tanzkränzchen. Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 50 Pf. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Berühmtheit gütig und Tanz frei. Montag, 15. September: Benefiz.

Metropol-Theater. Heute: Berlin bleibt Berlin. Grosse Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Holmund. Emil Thomas a. G. Josef Josephl. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. — Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

Prater-Theater. Rastanier-Allee 7-9. Täglich: Durch fremde Schuld. Kolossal in 3 Akten von A. Seelen. Eugen Milano, Lantimorrit. — Girard Loyal. — Leodileas Kalandus, louside Redturner. — The Elradus. Fleury Fleuret, Soubrette. — 3 Stogemanns, räthigste Serie. — Konzert. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. nummerierter Platz 50 Pf. Kalho.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstr. 58. Der Bettelstudent v. Berlin. Große Fosse mit Gesang in 4 Akten von Hugo Vasse. Musik von Ed. Franke. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Ball.

Sommertheater Marienbad. Badstr. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich: Der Brandstifter. Operette in 1 Akt von Lindner. Willy Reinhold: Dr. R. Wagner. Erstklassige Spezialitäten. Entree 20 Pf. Bond und Vorzugsplätzen haben Gültigkeit.

Wintergarten. Maud Griselda. Hunde-Dressuren. Les Silvas, Leiter-Equilibristen. Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin. Die Vicentinas, Rollschuhläufer. Rofix, athletische Produktionen. Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien. Helene Gerard, „Hohe Schule“. Sari Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest. Die Kellner-Truppe, ital. Akrobaten. Claudine Polaire, Pariser Sängerin. W. G. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode. Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris. „Biograph“.

Achtung, Vereine! Sonnabende und Sonntage im Oktober und November Saal frei! Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Steidl-Theater. Entree 50 Pf. Sprechst. 1 M. Barverkauf von 11-1 Uhr an der Kasse. Sonntag u. Donnerst. Tanzkränzchen.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-11 1/2 Uhr. (Gesang, Violine, Streichinstrumente, Klavier, Trommel, Schlagzeug, Horn, Waldhorn, Saxophon, Klarinette, Fagott, Basson, Kontrabaß, Cello, Violoncell, Violine, Violon, Gitarre, Mandoline, Ukulele, Harmonika, Orgel, Piano, Klavier, etc.)

Kraft-Rothwein. Feurig-Süßes. Sania Lucia. U. 2 M. Überall zu haben. In Apotheken, Drogeriehandlung, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäften.

Möbel. Spiegel u. Polsterwaren. reich zu soliden Preisen, empfiehlt H. Strelow, Tischsternmeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Deutmal.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau, 30. Granienstrasse 30, Ecke Adalbertstraße. Gesangbücher von 1,25 M. an. Schmucksachen.

Die einzig dastehenden Fielitz-Briquetts. (Alteste Marke des ganzen Teufelberger, Reimlicher, Ober- und Niederlausitzer, Köstler-Rayons) in keine Stücke zerfallen, erziehen durch ihre gehaltreiche Holzart vollständig die Sichtbarkeit und überdauern durch ihre langhaltende Glut den Coals und Doppelt. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.

Billigste Bezugsquelle. Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43. Filialen für den Kleinverkauf: Anklamerstrasse 23, Anklamerstrasse 51, Chorinerstrasse 68, Dragonerstrasse 6a, Druckerstrasse 59, Fehrbellinerstrasse 18, Griebenerstrasse 20, Oderbergerstrasse 51, Pappel-Allee 27 (Inhaber: A. Böhm), Patbuserstrasse 17, Rheinsbergerstr. 27, (Inhaber: G. Haberland), Schillernstrasse 52, Stargarderstrasse 37, Stralunderstrasse 14, Swinemünderstr. 11, Weissenburgerstr. 34 (Inhaber: E. Böhm), 48302.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (G. S.) Filiale Berlin-Neub. Nachruf! Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Ausseher August Hormann am Sonntag, den 8. d. Mts., im Alter von 54 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 253/5 Die Erbsverwaltung.

Berein der Zimmerer Berlins und Umgegend. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad 257/20 Johann Rohmann am Montag, den 8. September, verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofs in Wilmersberg aus statt.

Socialdemokrat. Wahlverein Groß-Dichterfeld. Am 7. September verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Metallarbeiter Ferd. Adametz. Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr auf dem Friedhof in Pentow statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Dankfagung. Allen Freunden, Kollegen und Bekannten, dem Gesangsverein Kottbuscher Harmonie sage hiermit für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau meinen tiefgefühltesten Dank. 60468 Ernst Hagemann.

Für die herzliche Teilnahme sowie für die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines Mannes, insbesondere der Firma Spinn u. Sohn und seinen Kollegen herzlichsten Dank. 10430 Frau Klara Elchner.

Arbeiter, Handwerker, welche Cigaretten-Geschäfte errichten wollen, oder wer Inhaber eines Cigaretten-Geschäftes ist, laßt Cigaretten am besten und blästen direkt von den Fabrikanten durch Vermittelung des Vertreters für sächsische Cigaretten. S. Rund, 49120, Rastluisstr. 23 II, Telephon Amt VII 1924.

